

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 4/2017



Hoffnung auf „berlinpass“

Workuta – die zweite Universität

Anerkennung ausweiten

Aktuell

- 3 Vorzeitiger Ruhestand
Internationaler Wettbewerb
Erinnerung weitergeben
Erinnerungsstele
Stipendienprogramm

Recht

- 4 Stiftung Anerkennung und Hilfe
- 5 „berlinpass“ soll jetzt doch kommen!

International

- 6 Neuer Geheimdienst-Chef Nord-Koreas
Sieg für kubanische Demokratiebewegung
Harry Wu gestorben

Thema

- 7 Workuta – die zweite Universität

Dokumentiert

- 10 Anerkennung ausweiten

Berichte

- 11 „Auf die Straße gehen und protestieren“
- 12 Gedanken zum Gedenken

Verbände

- 14 VOS hat gewählt
Chemnitz – 17. Juni
Gedenken in Malchow
Kunst und Aufarbeitung
Suchanzeige
Leserbrief
- 15 Abschied

Service/Bücher

- 16 „Erniedrigung und Freiheit“
- 17 Der rote Terror
Geschichte vom Wert des Zusammenhalts
- 18 Betriebsferienlager in der DDR
Lehrbeispiel für Verführbarkeit

Service/Veranstaltungen

- 17–19

Umschlagbild

„17. Juni“ von Gino Kuhn, Holzschnitt, 43 × 30 cm, geschaffen 2013.

Editorial

Geschichtsvergessen

Von Horst Schüler

Dr. Ralf Stegner, stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD, wird sicher nicht protestieren, wenn man ihn zum linken Flügel seiner Partei rechnet. Als solcher hat er kürzlich einen Artikel in der Zeitung DIE WELT veröffentlicht, die tags zuvor von einer „Sozialdemokratisierung der AfD“ geschrieben hatte. Der Politikwissenschaftler nennt dies eine „unerträgliche Verharmlosung des fremdenfeindlichen und unsozialen AfD-Programms“, vor allem aber sei ein solcher Vergleich ein empörender Mißgriff gegenüber der deutschen Sozialdemokratie, die seit 154 Jahren für Zusammenhalt, sozialen Ausgleich und Völkerverständigung stehe, die sich stets für Arbeitnehmerrechte, Demokratie und Freiheit einsetze und die sich der Ermächtigung der NSDAP noch in den Weg stellte, als man dafür verdammt mutig sein mußte.

Das alles sind schon beachtliche Argumente, die Stegner gegen den – wie er schreibt – „perfiden Vergleich“ der beiden Parteien ins Feld führt. Besonders beeindruckend sein Hinweis, daß es vor allem Sozialdemokraten waren, die sich nach Hitlers Machtübernahme noch gegen die Nazis wehrten, als dies Gefängnis, Konzentrationslager und Tod nach sich zog. Allerdings unterstelle ich dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden, daß es ihm mit seiner Entgegnung nicht nur darum geht, einer falschen Beurteilung seiner Partei zu widersprechen, sondern auch um die Verteidigung des demokratischen Rechtsstaates, den er durch die AfD bedroht sieht. Und genau dort beginnt das, was wir, die Opfer des kommunistischen Terrors nämlich, seit langem als eine uns völlig unverständliche Einseitigkeit in der Verteidigung unserer Demokratie monieren. Die wird doch nicht nur von rechts bedroht, sondern auch von links. Hört man unsere Politiker, verfolgt man die Medien, dann scheint das für die meisten Neuland zu sein.

Ich weiß nicht, warum sie alles vergessen haben, was unter kommunistischer Herrschaft an Verbrechen gegen Andersdenkende geschah. Ich weiß nicht, warum sie nicht wissen wollen, daß im

Moskauer Butyrka-Gefängnis Tausende oft junge Menschen erschossen wurden, weil sie sich in ihren Ländern gegen politischen Terror wehrten und sowjetische Militärtribunale sie deshalb zum Tode verurteilten. Und daß die gegen sie gefällten Todesurteile zumeist von der russischen Justiz als falsche Urteile aufgehoben wurden. Ich weiß nicht, warum sie partout nicht sehen wollen, daß es heute neben rechtsextremen auch linksextrem gesteuerte Verbrechen gibt, besonders in Berlin, dort, wo die uns regierenden Politiker leben und beinahe täglich mit ansehen, wie unser Rechtsstaat verhöhnt wird. Ich weiß nicht, warum der Berliner Justizsenator jüngst eine Broschüre verabreichte, die Bürgern erklärt, wie sie sich gegen Rechtsextremismus wehren können, es aber keine gegen Linksextremismus gibt. Warum nimmt man einfach nicht zur Kenntnis, was wir wieder und immer wieder beklagen? Glaubt man denn wirklich, daß mit dem Ende der DDR und der Sowjetunion auch die kommunistische Ideologie aus allen Köpfen verschwunden ist und deren Vertreter über Nacht sich in lupenreine Demokaten verwandelten?

Um möglicher Koalitionen willen scheint das so zu sein. Und so verwundert es auch nicht, wenn Herr Oppermann, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, eine Einladung des UOKG-Vorsitzenden für ein Gespräch „leider“ ablehnen mußte. Der randvolle Terminkalender – na ja, Sie wissen schon.

Um noch einmal auf Herrn Stegner zu kommen: Noch beachtenswerter wäre sein Artikel gewesen, hätte er nur mit einem Nebensatz darauf verwiesen, daß unsere Freiheit nicht nur von rechten Extremisten bedroht wird, sondern auch von linken. Es ist sicher richtig, wenn Hitler als schlimmster in der politischen Monsterfamilie gilt, doch seine linken Brüder sind ihm sehr nahe, die Stalins, Maos, Che Guevaras, Pol Pots oder wie immer sie auch heißen. Blutsäufer in der menschlichen Gesellschaft sind sie alle, egal, ob sie ihre Mordsucht in rechts- oder linksextremen Ideologien versteckten.

Vorzeitiger Ruhestand

(st)Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Ulrike Poppe, hat die Landtagspräsidentin um vorfristige Versetzung in den Ruhestand gebeten. Ulrike Poppe war im Dezember 2009 für sechs Amtsjahre gewählt worden. Am 16. Dezember 2015 wurde sie für eine weitere Amtszeit gewählt, die bis zu ihrem regulären Eintritt ins Pensionsalter zum 31. August 2018 dauern sollte. Nun beantragte sie aus gesundheitlichen Gründen, aus ihrem Amt als Aufarbeitungsbeauftragte ein Jahr früher ausscheiden zu können.

Der Bundesvorsitzende der UOKG, Dieter Dombrowski, erklärte dazu:

„Ulrike Poppe gehört zum Urgestein der Bürgerrechtsbewegung in der DDR. Seit Beginn der 1980er Jahre stand sie für das Konzept ein, der SED-Diktatur nicht nur mit politischen Protesten zu begegnen, sondern dem Widerstand eine breit gefächerte alternative Kultur entgegenzusetzen. Diese Erfahrungen, daß man einen langen Atem braucht, wenn man die politische Kultur verändern will, hat Ulrike Poppe mit in ihr Amt der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur genommen, das sie seit 2009 als erste wahrgenommen hat. In diesen Jahren hat sie vielen Menschen geholfen, die unter den Folgen der Diktatur bis heute zu leiden haben. Insbesondere ist hier die Beratung der ehemaligen Heimkinder der DDR zu nennen. Über die breit gefächerte Arbeit in der politischen Bildung mit Jugendlichen und Erwachsenen und die Publikation von Forschungsergebnissen sowie die unerläßliche Mitarbeit in den Gremien zur Aufarbeitung geben die Tätigkeitsberichte Auskunft. Wir wünschen Ulrike Poppe zunächst, daß sie einige Zeit darauf verwendet, sich von dem schwierigen Amt zu erholen. Wir wünschen sie uns als Zeitzeugin und engagierte Aufarbeiterin zurück.“

Internationaler Wettbewerb

(pemc)Auf einem Symposium im Europäischen Parlament in Brüssel hat die Plattform für Europäische Erinnerung und Gewissen am 26. April die Durchführung eines internationalen Wettbewerbs für

ein neues Denkmal, gewidmet den Opfern von Nationalsozialismus, Faschismus und Kommunismus, bekanntgegeben. Der Standort, gemeinsam mit Persönlichkeiten der Stadt Brüssel ausgewählt, ist der „Place Jean Rey“, ein exzellent gelegener Platz im Herzen des Europäischen Bezirks.

Der Wettbewerb ist nach einem straffen Zeitplan organisiert: Letzter Termin für die Anmeldung ist der 15. Juni 2017, am 30. Juni werden die Wettbewerbsrichtlinien an die Teilnehmer versandt. Am 15. Dezember ist Einsendeschluß für die Entwürfe, der Gewinner wird am 15. Februar 2018 bekanntgegeben. Am 18. April wird im Europäischen Parlament eine Ausstellung mit den zehn besten Einsendungen gezeigt, und am 23. August 2018 soll die vorläufige Einweihung des Denkmals in Brüssel anläßlich des Europäischen Gedenktages der Opfer von Totalitarismus erfolgen.

Der Wettbewerb ist offen für Künstler und Architekten aus aller Welt.

Erinnerung weitergeben

(PM)Am Bürgerdenkmal Magdeburg endete am 30. April 2017 der 21. bundesweite Kongreß der Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen mit einem Gedenken an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft.

Eingeladen hatten die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Folgen der kommunistischen Diktatur gemeinsam mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Unter dem Titel „Erinnern und Zeichen setzen!“ berieten die Teilnehmer, wie sie ihre Widerstands- und Unrechtserfahrungen für die Gesellschaft sichtbar machen können. Die Weitergabe ihrer Erinnerungen an kommende Generationen sehen sie als wesentlichen Beitrag zur Stärkung der Zivilgesellschaft. Mit kreativen Ideen und modernen Formaten wollen sie vor allem jene erreichen, die selbst nicht zur Erlebnissgeneration gehören. Die Initiativen stellten Gedenkzeichen, Animationsfilme, Internetportale und Social-Media-Angebote vor, um damit unterschiedliche Zugänge zu historischem Wissen und den Erfahrungen der Zeitzeugen zu ermöglichen.

Die Präsidentin des Landtages von Sachsen-Anhalt, Gabriele Brakebusch, betonte die Notwendigkeit einer nach-

haltigen Aufarbeitung der SED-Diktatur. Verfolgtenvertreter, Landesbeauftragte und die Bundesstiftung Aufarbeitung wiesen in diesem Zusammenhang auf die dringend notwendige Entfristung der Rehabilitierungsgesetze hin. (Bericht in der nächsten Ausgabe)

Erinnerungsstele

(bsta)Am 23. April wurden vor dem Theologischen Konvikt in der Borsigstraße in Berlin eine Stele und mehrere Informationstafeln eingeweiht. Vor 1989 war das Konvikt eine Kirchliche Hochschule, die unter dem Namen „Sprachenkonvikt“ verschleiern mußte, daß hier eine akademische Hochschulausbildung stattfand. Die von der Bundesstiftung Aufarbeitung geförderte Stele soll Passanten auf die Bedeutung des Konvikts als Ort freier geistiger Bildung und politischen Engagements in der DDR hinweisen.

Stipendienprogramm

(bsta)Die Bundesstiftung Aufarbeitung schreibt zum 1. Januar 2018 acht Stipendien aus. Gefördert werden Promotionsvorhaben, die – im Sinne des gesetzlichen Auftrags der Stiftung – zur umfassenden Aufarbeitung von Ursachen, Geschichte und Folgen der Diktatur in der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland und in der DDR beitragen.

Bewerben können sich Hochschulabsolventinnen und –absolventen aller in Frage kommenden Fachgebiete, die ihre Dissertation in deutscher Sprache abfassen. Abgabefrist ist der 31. Juli 2017. Die Förderung soll zum 1. Januar 2018 aufgenommen werden. Die Laufzeit der Stipendien beträgt zweimal ein Jahr. Eine Verlängerung um weitere sechs Monate ist bei Vorliegen der Voraussetzungen auf Antrag möglich.

„Die Bernauer Straße nach dem Mauerbau“

Unter diesem Titel bietet das Dokumentationszentrum Berliner Mauer jeden Sonntag um 15.00 Uhr eine öffentliche Führung an. Die Führung dauert ca. eine Stunde und kostet drei Euro pro Person. Treffpunkt im neuen Besucherzentrum, Bernauer Str. 119/Ecke Gartenstraße (direkt gegenüber dem S-Bahnhof Nordbahnhof), 13355 Berlin

Stiftung Anerkennung und Hilfe

Anlauf- und Beratungsstellen in den Bundesländern

Die in Ausgabe 2/2017 näher vorgestellte Stiftung „Anerkennung und Hilfe“ für Geschädigte psychiatrischer Einrichtungen und Einrichtungen der Behindertenhilfe hat in den Bundesländern Anlauf- und Beratungsstellen eingerichtet.

Baden-Württemberg

Sozialverband VdK Baden-Württemberg e.V.
Ansprechpartner: Jutta Wehl, Tel. (07 11) 619 56-61,
E-Mail stiftung-erkennung-hilfe-bw.wehl@vdk.de
Frank Hapatzky, Tel. (07 11) 619 56-60,
E-Mail stiftung-erkennung-hilfe-bw.hapatzky@vdk.de
Adresse: Johannesstr. 22, 70176 Stuttgart

Bayern

Bayerische Anlauf- und Beratungsstelle der Stiftung
Anerkennung und Hilfe, Zentrum Bayern Familie und Soziales –
Bayerisches Landesjugendamt (ZBFS-BLJA)
Erreichbarkeit: Tel. (089) 189 66-25 00
Adresse: Richelstr. 17, 80634 München

Berlin (vorläufig)

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
Ansprechpartner: Uwe Lehmann, Tel. (030) 90 28 22 19
Edith Ullrich, Tel. (030) 90 28 22 78
E-Mail Info.Stiftung@senias.berlin.de
Adresse: Oranienstr. 106, 10969 Berlin

Brandenburg

Anlauf- und Beratungsstelle Anerkennung und Hilfe
Ansprechpartner: Silvana Hilliger (Leitung),
Sascha Nebel (Sekretariat),
Tel. (03 31) 23 72 92 60, Fax (03 31) 23 72 92 66
E-Mail anerkennung.hilfe@lakd.brandenburg.de
Telefonsprechzeiten: Di, Do, Fr 9.00-13.00 Uhr,
Do 14.00-17.00 Uhr
Adresse: Am Stellwerk 1, 14473 Potsdam

Bremen

Amt für Versorgung und Integration Bremen (AVIB)
Erreichbarkeit: Mo–Do 9.00-12.30 Uhr, Do 13.30-17.00 Uhr
und nach Vereinbarung
Ansprechpartner: Sabine Rosenbrock,
Tel. (04 21) 361-52 92, Fax (04 21) 361-53 26,
E-Mail sabine.rosenbrock@avib.bremen.de
Adresse: Doventorscontrescarpe 172 D, 28195 Bremen

Hamburg

Versorgungsamt Hamburg, Anlauf- und Beratungsstelle
Erreichbarkeit: Tel. (040) 115,
E-Mail stiftung-erkennung-hilfe@basfi.hamburg.de
Offener Sprechtag: jeden Montag 8.00-16.00 Uhr
Adresse: Adolph-Schönfelder-Str. 5, 22083 Hamburg

Hessen

Regierungspräsidium Gießen, Abt. VI,
Landesversorgungsamt, Dezernat 61
Ansprechpartner: Carsten Velten,
Tel. (06 41) 303-27 28,
E-Mail Carsten.velten@rpgi.hessen.de
Andreas Hochstein, Tel. (06 41) 303-27 12,
E-Mail Andreas.hochstein@rpgi.hessen.de
Angelika Schäfer, Tel. (06 41) 303-27 74,
E-Mail Angelika.schaefer@rpgi.hessen.de
Fax (06 41) 303-27 03,
E-Mail anerkennung-hilfe@rpgi.hessen.de
Adresse: Postfach 100 851, 35338 Gießen

Mecklenburg-Vorpommern

Anlauf- und Beratungsstelle „Stiftung Anerkennung
und Hilfe“ bei der Landesbeauftragten für Mecklenburg-
Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheits-
dienstes der ehemaligen DDR
Ansprechpartner: Anne Drescher, Tel. (03 85) 55 15 69 01,
Fax (03 85) 73 40 07, E-Mail stiftung@lstu.mv-regierung.de
Adresse: Bleicherufer 7, 19053 Schwerin

Niedersachsen

Anlauf- und Beratungsstelle Braunschweig
Erreichbarkeit: Tel. (05 31) 70 19-0
Ansprechpartner: Andreas Schwieger,
E-Mail Andreas.schwieger@ls.niedersachsen.de
Matthias Wehrmeyer,
E-Mail Matthias.wehrmeyer@ls.niedersachsen.de
Adresse: Schillerstr. 1, 38102 Braunschweig

Anlauf- und Beratungsstelle Oldenburg
Erreichbarkeit: (04 41) 22 29-0
Ansprechpartner: Andreas Schwieger,
E-Mail Andreas.schwieger@ls.niedersachsen.de
Matthias Wehrmeyer,
E-Mail Matthias.wehrmeyer@ls.niedersachsen.de
Adresse: Moslestr. 1, 26122 Oldenburg

Anlauf- und Beratungsstelle Hannover
Erreichbarkeit: Tel. (05 11) 897 01-0
Ansprechpartner: Andreas Schwieger,
E-Mail Andreas.schwieger@ls.niedersachsen.de
Matthias Wehrmeyer,
E-Mail Matthias.wehrmeyer@ls.niedersachsen.de
Adresse: Schiffgraben 30-32, 30175 Hannover

Nordrhein-Westfalen

Landesteil Rheinland LVR Dezernat 4,
Anlauf- und Beratungsstelle Stiftung Anerkennung
und Hilfe

Wieviel Zeitung verträgt der Mensch?

FAZ, Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, BILD, taz,
Die Zeit, Spiegel, Focus, Stern, Altenaer Kreisblatt...

Man kann nicht alle lesen – aber den „Wochenrückblick“-online bestellen.

Dieser Informationsdienst bietet mit kurzen Texten und Links zu vollständigen
Zeitungsberichten die News der vergangenen Woche, rund um das Thema
Aufarbeitung. Er wird als E-Mail verschickt und ist zu bestellen unter uokg-wochenrueckblick@gmx.de.

Erreichbarkeit: E-Mail anerkennung-hilfe@lvr.de,
Internet www.anerkennung-hilfe.lvr.de
Tel. (02 21) 809 50 01, Di 9.00-12.00 Uhr u.
14.00-16.00 Uhr, Do 9.00-12.00 Uhr u. 14.00-17.00 Uhr
Adresse: Kennedy-Ufer 2, 50679 Köln

Landesteil Westfalen

Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Landesjugendamt,
LWL-Anlauf- und Beratungsstelle
Ansprechpartner: Tim Andreas-Werner,
Tel. (02 51) 591-42 90, Fax (02 51) 591-57 96,
E-Mail tim.andreas-werner@lwl.org
Mathias Ehrhard, Tel. (02 51) 591-4582, Fax (02 51) 591-57 96,
E-Mail mathias.ehrhard@lwl.org
Rüdiger Klebeck, Tel. (02 51) 591-54 46,
Fax (02 51) 591-57 96, E-Mail ruediger.klebeck@lwl.org
Birgit Kühne, Tel. (02 51) 591-58 86, Fax (02 51) 591-57 96,
E-Mail birgit.kuehne@lwl.org
Heike Wiesmann, Tel. (02 51) 591-56 76,
Fax (02 51) 591-57 96, E-Mail heike.wiesmann@lwl.org
Adresse: Warendorfer Str. 21-23, 48145 Münster

Rheinland-Pfalz

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung,
Anlauf- und Beratungsstelle „Stiftung Anerkennung und Hilfe“
Erreichbarkeit: Tel. (061 31) 96 75 44,
Fax (061 31) 96 71 25 44, E-Mail stiftungauh@lsjv.rlp.de
Adresse: Schießgartenstr. 6, 55116 Mainz

Saarland

Landesamt für Soziales, Anlauf- und Beratungsstelle
der Stiftung „Anerkennung und Hilfe“
Erreichbarkeit: Tel. (06 81) 99 78-22 26,
Fax (06 81) 99 78-22 99,
E-Mail Stiftung-Anerkennung-Hilfe@las.saarland.de,
Internet www.stiftung-anerkennung-hilfe.saarland.de
Adresse: Hochstr. 67, 66115 Saarbrücken

Sachsen (vorläufig)

Sächsisches Staatministerium für Soziales und
Verbraucherschutz, Abteilung 4
Erreichbarkeit: Tel. (03 51) 564 55 51,
Fax (03 51) 45 10 05 42 01,
E-Mail stiftung-anerkennung-hilfe@sms.sachsen.de
Adresse: Albertstr. 10, 01097 Dresden

Sachsen-Anhalt (vorläufig)

Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration,
Abteilung 3 – Soziales und Arbeitsschutz
Adresse: Turmschanzenstr. 25, 39114 Magdeburg

Schleswig-Holstein

Landesamt für soziale Dienste Schleswig-Holstein
Erreichbarkeit: Tel. (043 21) 913-5, Fax (043 21) 133 38,
E-Mail post.nms@lasd.landsh.de
Adresse: Steinmetzstr. 1-11, 24534 Neumünster

Thüringen (vorläufig)

Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit,
Frauen und Familie, Referat 23
Ansprechpartner: Manuel Schmidt,
Tel. (03 61) 57 38 11-183, Fax (03 61) 57 38 11-820,
E-Mail StiftungAH@tmasgff.thueringen.de
Adresse: Werner-Seelenbinder-Str. 6, 99096 Erfurt

Hinweis

Kontaktstellen (bei Bundesländern mit dem Zusatz „vorläufig“) führen noch keine persönlichen Beratungsgespräche durch. Auch ist der Erhalt von Anerkennungs- und Unterstützungsleistungen ohne Beratungsgespräch noch nicht möglich. Betroffene können sich trotzdem an die Kontaktstelle wenden. Dort werden die Daten der Betroffenen gesammelt und automatisch an die Anlauf- und Beratungsstelle weitergeleitet, sobald diese eingerichtet ist. Die Anlauf- und Beratungsstelle meldet sich dann direkt bei den Betroffenen. 

„berlinpass“ soll jetzt doch kommen!

Seit Jahren standen die Forderungen zur Bereitstellung des „berlinpasses“ für die Opfer der SED-Diktatur im Raum. Nachdem das Thema schon so gut wie abgeschrieben war, nun doch die Wende.

Anfang April haben auf Antrag der CDU alle Fraktionen des Abgeordnetenhauses Berlin ohne Ausnahme den Senat aufgefordert, Opfern politischer Verfolgung in der DDR, die gemäß § 17a Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz oder gemäß § 8 Berufliches Rehabilitierungsgesetz besondere Zuwendungen erhalten und in Berlin gemeldet sind, in den Kreis der Berechtigten für den „berlinpass“ aufzunehmen sowie das Sozialticket zur Verfügung zu stellen (Drucksache 18/0058).

Der „berlinpass“ ermöglicht Berlinerrinnen und Berlinern den vergünstigten Eintritt bei Kultur, Bildung, Sport und

Freizeit und bietet ihnen so die Gelegenheit, trotz eines geringen Einkommens am sozialen und kulturellen Leben in Berlin teilzunehmen.

Das Sozialticket für den Öffentlichen Nahverkehr wird ab dem 1. Juli 2017 nur noch 27,50 Euro kosten.

Darüber hinaus wurde der Senat aufgefordert zu prüfen, inwieweit auch andere Opfergruppen, wie z.B. verfolgte Schüler, in diese Regelung mit aufgenommen werden können.

Bis zum 15. September 2017 soll dem Abgeordnetenhaus berichtet werden, damit die Ergebnisse in die Haushaltsberatungen 2018/19 einbezogen werden können.

Benjamin Baumgart, Jurist

*Geld ist eine billige Methode,
sich Respekt zu verschaffen..*

Bruce Springsteen

...oder, sich ein Stacheldraht-Abo zuzulegen.

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit neun Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

Neuer Geheimdienst-Chef Nord-Koreas

Mitte Januar war der 72-jährige Kim Won-hong als Minister für Staatssicherheit der „Demokratischen Volksrepublik Korea“ abgesetzt worden. Ursache dürfte die von ihm angestrebte Einflußnahme seines Apparates gewesen sein, die der Diktator Kim Jong-un als potentielle Gefahr für seine eigene Machtfülle ansah.

Als neuer Leiter aller nordkoreanischen Geheimdienste fungiert der 1950 als Sohn des späteren Verteidigungsministers geborene Choe Ryong-hae, der sehr früh der „Volksarmee“ beitrug und mit gutem Abschluß die Kim-Il-sung-Universität ab-

solvierete. 1986 rückte er zum Mitglied des Zentralkomitees der (Staats-)Partei auf und vierzehn Jahre später zum Alternativ-Mitglied dessen Politbüros sowie zum Armee-General. Kurz danach ernannte Kim Jong-un ihn zum Vize-Marschall, um ihn allerdings kaum zehn Monate später zum General zu degradieren, wenngleich er seine bisherigen Insignien weiter tragen durfte. Rätselhaft bis heute blieb seine Inhaftierung im März 2014 sowie seine Absetzung innerhalb der Partei-Führungsspitze. Doch schon im Oktober des gleichen Jahres saß er wieder in deren Präsidium und wurde sogar stell-

vertretender Vorsitzender der Partei. Kim Jong-un muß ihm jedenfalls wieder ziemlich vertraut haben, denn allein er war es, der dessen geheimen Brief an den russischen Präsidenten Putin übergab. Lag der Grund vielleicht in der damals bevorstehenden Hochzeit von Choes Sohn mit der jüngeren Schwester Kim Jong-uns? Persönliche, besonders familiäre Bindungen bedeuten im Nordteil Koreas überaus viel, aber auch sie sind keine Garantie für eine gesicherte Zukunft – selbst als Geheimdienstchef nicht.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Sieg für kubanische Demokratiebewegung

Graffiti-Künstler „El Sexto“ nach 56 Tagen willkürlicher Haft freigelassen

Wie die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) berichtet, haben die kubanischen Behörden den regimekritischen Graffiti-Künstler Danilo Maldonado Machado, auch bekannt als „El Sexto“ („der Sechste“), Anfang dieses Jahres aus dem Hochsicherheitsgefängnis „Combinado del Este“ entlassen. Maldonado hatte am 26. November 2016 die Worte „Se fue“ („Er ist gegangen“) auf eine Außenmauer des Hotels „Habana Libre“ in Havannas Stadtteil Vedado gesprüht und war noch am selben Tag festgenommen worden. Nach dem Tod von Fidel Castro am 25. November betrachtete die kubanische Regierung jede kleinste Form von Kritik als Affront.

Der Künstler ist nach Informationen der IGFM ohne Angabe von Gründen entlassen worden – so, wie er ohne Angabe von

Gründen, ohne Verfahren und ohne Urteil gefangen gehalten wurde. Ausreisen darf er allerdings nicht. Auch dafür verweigern die kubanischen Behörden die Gründe und weitere Informationen. Als Maldonado Ende Januar von Havanna nach Miami fliegen wollte, um seine Freundin zu besuchen, verweigerten Beamte die Ausreise, obwohl er bereits eingeeckelt hatte.

Maldonado Machado war bereits zuvor, vom 25. Dezember 2014 bis zum 20. Oktober 2015, politischer Gefangener. Er war in Haft, weil er in Havannas Park „Parque Central“ zwei Ferkel ausstellen wollte, denen er die Namen Fidel und Raúl aufgesprüht hatte. Die Behörden warfen dem Künstler „Mißachtung der Autoritäten“ vor. Einen Haftbefehl, eine offizielle Anklage, eine Verhandlung, eine Möglichkeit zur Verteidigung und ein Urteil verweigerten

die Behörden jedoch, so daß Maldonado fast zehn Monate ohne Urteil gefangen gehalten wurde.

Die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, Ulla Schmidt (SPD), übernahm für ihn eine politische Patenschaft im Rahmen des IGFM-Programms für politisch Verfolgte.

IGFM-Vorstandssprecher Martin Lessenthin bezeichnet die Freilassung des international bekannten Künstlers als „Sieg für die kubanische Demokratiebewegung“, der nationalen und internationalen Menschenrechtlern und Demokratieaktivisten zu verdanken sei, die unermüdlich für die Freilassung des Künstlers gekämpft hätten. Dennoch sollte nach Überzeugung der IGFM nicht vergessen werden, daß die Repressionen gegen „unbequeme“ Regimekritiker weiterhin anhalten. 

Harry Wu gestorben

Am 26. April ist der chinesische Dissident und Menschenrechtler Harry Wu gestorben. Harry Wu und seine Familie hatten unter der Herrschaft Mao Zedongs und der Roten Garden ein brutales Schicksal zu erdulden. Harrys Vater war Bank-Direktor, gehörte zur Bourgeoisie; er verlor Stellung und Vermögen und starb nach mehreren Jahren im Gefängnis. Harrys jüngerer Bruder wurde von den Roten Garden erschlagen. Die Mutter beging Selbstmord.

1960 im Alter von 23 Jahren wurde er als „Rechtsabweichler“ ohne jede Anhörung und ohne jedes Gerichtsverfahren in einem LAOGAI-Zwangsarbeitslager

inhaftiert. Erst im Lager erfuhr er: lebenslänglich.

Neunzehn lange Jahre quälte man ihn in verschiedenen Lagern, folterte und erniedrigte ihn. Während einer politischen Tauwetter-Periode wurde Harry Wu 1979 formlos entlassen und an seinen alten Arbeitsplatz an der Universität Peking zurückversetzt. 1985 ging er in die USA und bekam die amerikanische Staatsbürgerschaft. Seitdem prangerte Harry Wu das LAOGAI-System in aller Welt an. 1995 reiste er inkognito in die Volksrepublik China, wurde erkannt und zu 15 Jahren Haft verurteilt. Nach Demarchen vieler de-

mokratischer Staaten, an denen sich die Bundesrepublik Deutschland nicht beteiligte, wurde Harry Wu freigelassen.

Auf einer weiteren Reise deckte Harry Wu das damals wie heute in der Volksrepublik China illegale Geschäft mit Organ-Transplantationen auf. Er bewies, daß dort serienweise Häftlinge getötet wurden, um deren Organe transplantieren zu können, in einigen Fällen sogar Organentnahme vor der Hinrichtung. Diese Aufklärungsarbeit hat Harry Wu bis zuletzt fortgesetzt. (gekürzt)

Peter E. Müller

Workuta – die zweite Universität

Die Geschichte des Althistorikers Peter Musiolek

Von Wilhelm K.H. Schmidt

Der Lebensweg des Althistorikers Peter Musiolek, der am 21. Mai 2017 90 Jahre alt geworden wäre, zählt zu den bedeutenden Themen der ostdeutschen Nachkriegsgeschichte. Was war der Auslöser für meine Beschäftigung mit Peter Musiolek und wer war dieser Mann? Ausgangspunkt war ein zehn Jahre alter Brief, in dem ein ehemaliger politischer Häftling einen Lagerkameraden bittet, ihn auf der Suche nach einem Dritten zu unterstützen. Dieser dritte Lagerkamerad war Peter Musiolek. Der Schreiber dieses Briefes war Heini Fritsche. Der Empfänger des Briefes stammt aus meiner Heimatstadt Dahme, kannte meine Veröffentlichungen, weil er selbst Betroffener war. Zu alt für eigene Nachforschungen, reichte er den Brief an mich weiter.

Schon erste Recherchen erbrachten die Überraschung, kaum vorstellbar: Der Gesuchte hatte in meinem Haus in Premnitz gewohnt, in dem Haus, in dem ich mit meiner Familie seit 25 Jahren lebe. Die Familie Musiolek war 1945 nach ihrer Vertreibung aus ihrer Heimatstadt Außig hier untergekommen. Deren Sohn Peter Musiolek fand hier nach seiner Entlassung aus kurzer amerikanischer Kriegsgefangenschaft 1946 seine Eltern wieder und hatte im Premnitzer Kunstseidenwerk Arbeit gefunden. In diesem Betrieb habe ich 30 Jahre gearbeitet.

Ich begann sofort mit weiteren Nachforschungen. Im Personalarchiv des Premnitzer Kunstseidenwerkes entdeckte ich tatsächlich die Arbeitskartei des damals 19jährigen Peter Musiolek, der im Dezember 1946 als Labortechniker eingestellt worden war. Auf der Suche nach Zeitzeugen traf ich auf eine Laborantin, die sich nach 65 Jahren noch genau an ihn erinnern konnte: „Ein netter großer Junge, den wir sehr mochten, aber chancenlos waren, weil er schon vergeben war. Er beaufsichtigte unsere Arbeit zur Herstellung von Süßstoff und Wasch- und Rasierseife für die Belegschaft, damals begehrten Produkte.“

Die damalige Laborantin brachte mich auch auf die Spur von Günter Möbius, Musioleks Freund und Intimus, dem Labortechnikerkollegen aus einem Nachbarort. Möbius hatte von seinem ersten

Geld nach der Währungsreform 1948 in einem West-Berliner Antiquariat das zweibändige Standardwerk der Griechischen Geschichte „Hellas“ von Wilhelm Wagner erstanden. Der Bildungshunger der beiden war so groß, daß sie alles, was nach griechischer und römischer Geschichte aussah, verschlangen. „Wir haben die Bibliotheken leer gefressen“, sagte mir Günter Möbius später, als ich ihn nach akribischer Suche in Breiholz bei Rendsburg entdeckt hatte.

Im September 1948 wurden beide zum Studium der Textilchemie an die Textilfachschule nach Cottbus delegiert. An einem Freitag im zweiten Studienjahr, es war der 23. Juni 1950, Möbius war schon nach Hause gefahren, wurde Peter Musiolek aus der gemeinsamen Studentenwohnung vom sowjetischen Geheimdienst „abgeholt“. Die Wirtin, ohne Telefon wie die meisten Menschen im Osten nach dem Krieg, informierte Möbius in heller Aufregung nach dem Wochenende über das Geschehen. Möbius war fassungslos und machte sich sofort auf eine gefährvolle Suche nach seinem Freund. In der Sowjetischen Kommandantur, im Polizeirevier und bei den „Örtlichen Organen“ hat er nachgefragt. Alles vergebens.

Heute wissen wir, daß Musiolek sofort nach seiner Verhaftung in die Untersu-

chungshaftanstalt Berlin-Hohenschönhausen gebracht worden war. Möglicherweise stand er schon längst – vielleicht wegen einer abfälligen politischen Äußerung – „auf der Liste“. Der Zeitpunkt für den Zugriff war für die „Organe“ jetzt offenbar gekommen. Man erfuhr später, daß die sowjetische Seite kurz zuvor die DDR aufgefordert hatte, durch fingierte Schauprozesse die DDR-Bevölkerung zu verängstigen und zu disziplinieren, um sie von „konterrevolutionären“ Gedanken und Aktivitäten abzubringen. Eine für den Schauprozess ausgewählte Gruppe sollte wahrscheinlich zahlenmäßig verstärkt werden. So geriet Peter Musiolek in die Fänge des sowjetischen Geheimdienstes und seiner ostdeutschen Helfershelfer.

Am 19. Dezember 1950 entdeckte Möbius im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ Musioleks Namen, den Anklagegrund, die Urteilsbegründung und das Strafmaß. In dem Zeitungsbericht wurde den Inhaftierten unterstellt, gegen die sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland gearbeitet und Zersetzungsbauarbeit gegen die Deutsche Demokratische Republik geleistet zu haben. Die Angeklagten waren während oder nach Folterungen geständig, im Auftrag des amerikanischen Geheimdienstes gearbeitet zu haben. Nach Musioleks späteren Angaben waren die Bedingungen in der Untersuchungshaft in Hohenschönhausen grausam. Selbst sein Hungerstreik führte zu keiner Verbesserung seiner Lage.

Von den 21 Inhaftierten, zu denen Musiolek nun gehörte, erhielten sechs die Todesstrafe, acht wurden zu 25 Jahren



Zweites Studienjahr Textilchemie 1950, 2. v.r. Peter Musiolek.

Quelle: Archiv Günter Möbius(t)

Gefängnis, sechs zu 15 Jahren und einer zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Das Strafmaß von sechs Todesurteilen und die Gefängnisurteile lassen darauf schließen, daß der Prozeßablauf konstruiert worden war, denn bei tatsächlichem oder erpreßtem Tatbestand der „Spionage“ lautete das Urteil gewöhnlich 25 Jahre Arbeitslager unter verschärften Bedingungen, von den Häftlingen „Stalins Norm“ genannt. Auf Deutsch: Deportation in ein Arbeitslager in der UdSSR ohne Schreiberlaubnis, von den Häftlingen „Schweigelager“ genannt. Die staatsfeindlichen Handlungen, die Peter Musiolek vom sowjetischen Militärtribunal unterstellt wurden, konnten ihm nicht nachgewiesen werden.

Anfang 1951 wurde Musiolek in das Straflagergebiet Workuta, 75 km bis zum nördlichen Ural-Gebirge und 120 km nördlich des Polarkreises, deportiert. Von dort erhielten seine Eltern 1954 das erste Lebenszeichen ihres Sohnes seit seiner Festnahme vier Jahre zuvor. Sein Freund Möbius war längst nach Abschluß des zweijährigen Studiums in Cottbus in das Chemiefaserwerk Premnitz zurückgegangen. Wie viele junge Männer in dieser Zeit, benutzte er diese Arbeitsstelle als Sprungbrett in das nahegelegene West-Berlin und ging kurze Zeit später von dort aus nach Schleswig-Holstein. So hatte er nie wieder etwas von seinem Freund Musiolek gehört.

Workuta gilt heute in Rußland als Synonym für den Stalinschen Gulag schlechthin. Workuta war eines der größten von 476 Lagergebieten in der UdSSR. Schnee, Kälte, Schneestürme und Leere prägen diese Gegend nördlich des Polarkreises: keine Bäume, wenig Vegetation. Kaum sechs Wochen dauert der Sommer, in

denen die Sonne nicht untergeht, aber der Boden meist gefroren bleibt. Jährlich werden Mindesttemperaturen bis zu -50°C gemessen. Der Winter ist mit seinen Schneestürmen gefürchtet, und von Anfang Dezember bis Ende Januar herrscht die deprimierende Dunkelheit der Polarnacht.

Im Mai 1952 lernten sich Peter Musiolek und Heini Fritsche aus Großbothen, Kreis Grimma, in Workuta kennen. Der eingangs genannte Briefschreiber Fritsche und sein Lagerkamerad begegneten sich im Lager Nr. 10. Dieses Lager mit ca. 3500 Häftlingen, davon 170 Deutsche, und mit mehrheitlich Ukrainern, Balten und Russen „beherbergte“ u.a. Arbeitskräfte für den Kohlenschacht Nr. 29. Dieser Schacht 29 sollte ein Jahr später der Ausgangspunkt für einen Häftlingsaufstand werden und wurde wegen dessen brutaler Niederschlagung „Blutschacht“ genannt.

Musiolek und Fritsche wurden unzertrennliche Freunde. Fritsche hegt bis heute eine tiefe Dankbarkeit gegenüber Musiolek. Er berichtete mir, daß Musiolek ihm in einer seelischen Krise sehr geholfen und ihn allmählich aus einer tiefen Depression herausgeführt hat: „Auf dem Marsch zur Arbeit und unten im Schacht nahm er sich meiner in stundenlangen Gesprächen an. Er war ein kluger junger Mann, der es verstand, mein Gemütsleben wieder aufzubauen. Meine Trübsal verging. Wir sprachen über Gott und die Welt, und ich erinnere mich, wie es mir wohl tat, wie er mit mir sprach und mich aufrichtete.“

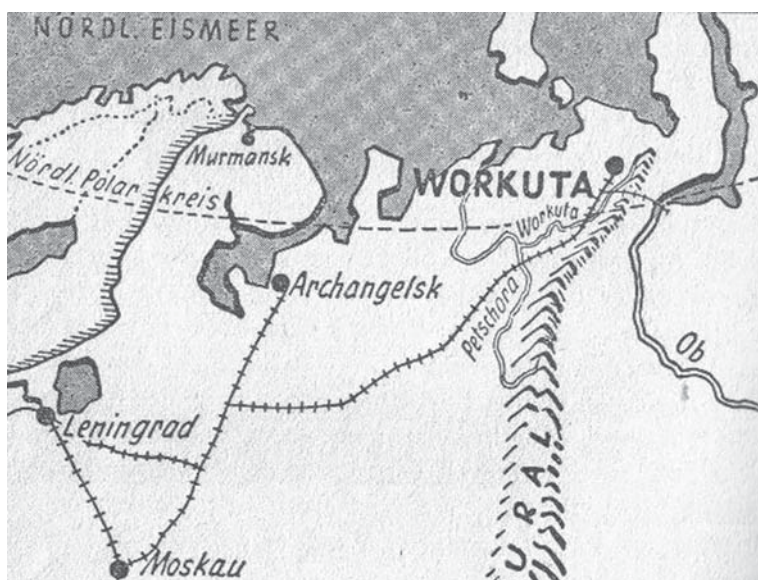
An anderer Stelle beschreibt Fritsche seinen Lagerkameraden so: „Peter fiel mir immer durch seine nach außen gleichmütige, gelassene Haltung auf, wenn wir uns am Lagertor zum Gang zum Bergwerk versammeln mußten. Er wirkte immer wie ein Mann mit aufrechter Gesinnung, zeigte immer Geist und Sachlichkeit in der Betrachtung der Dinge ... Wir schufteten zusammen unter Tage und hatten so viel Gelegenheit, unsere Weltbetrachtungen ... auszutauschen ... Wir mochten uns wesensmäßig, hatten die gleiche Wellenlänge

im Denken. In unserer Ablehnung der braunen und roten Denkmuster ... waren wir uns sehr einig. Peter war nicht sehr mitteilend und ließ sich nicht jedermann gegenüber aus.“ Immer wieder bedauert Heini Fritsche, seinen Freund Musiolek auf der Suche nach ihm nicht mehr lebend angetroffen zu haben.

Hunderte Gefangene hatten das Glück, schon gleich nach Stalins Tod entlassen zu werden. Nach dem 17. Juni 1953, als nach dem Volksaufstand in der DDR neue Gefangene in die Lager kamen, wurde die Entlassung unterbrochen. Dennoch galt es für die sowjetische Führung, ohne Gesichtsverlust, bestenfalls mit vorteilhaften politischen Ergebnissen, die deutschen Gefangenen loszuwerden, zumal die Förderung der Kohle immer aufwendiger wurde. So gingen die Gefangenen, Politische und Kriegsgefangene, ab Februar 1955, „auf Etappe“. „Auf Etappe“ war das Synonym für Transport ins Ungewisse. Ohne, daß die Gefangenen die Hintergründe kannten, wurde ein Großteil von ihnen aus Workuta heraus 700 km südlich in das Waldlager Suchobeswodnoje im Gebiet Nishni Nowgorod verfrachtet.

Musiolek war bei diesen Transporten nach Suchobeswodnoje nicht dabei. Aus unerfindlichen Gründen wurden Hunderte deutsche Gefangene in einen Zug verfrachtet. Aus der hoffnungsvollen Vorfriede, daß der Zug Richtung Heimat fahren würde, wurde Entsetzen, als sie feststellen mußten, daß es in die entgegengesetzte Richtung ging. Es begann eine wochenlange Irrfahrt durch den asiatischen Teil der UdSSR bis nach Irkutsk, 700 km vom Baikalsee entfernt, und 3500 km zurück Richtung Swerdlowsk in das Kriegsgefangenenlager Rewda, wo sie entsprechend eingekleidet wurden. Bis heute kennt niemand eine Begründung für diese 8000 km lange Odyssee.

Im Juni 1955 war Bundeskanzler Konrad Adenauer von Staatspräsident Bulganin und Generalsekretär der KPdSU Chruschtschow zu Verhandlungen über den Austausch von Botschaftern in die UdSSR eingeladen worden. Die Entlassung der noch in sowjetischem Gewahrsam befindlichen ca. 10000 deutschen Gefangenen, darunter etwa 3000 Politische, wurde nach emotional geführten Verhandlungen bis an die Grenze eines Abbruchs schließlich ohne Vertrag von den Gastgebern auf Ehrenwort zugesagt und von Adenauer gegen den Rat seiner Mitarbeiter akzeptiert.



Als einer von wenigen ließ sich Musiolek nach der Amnestie nicht in die Bundesrepublik überführen, sondern kehrte aus familiären Gründen aus Rußland in die DDR zurück. Durch Zufall erfuhr er, daß die damalige Leiterin der Abteilung Geschichte des Altertums am Institut für Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin einen Mitarbeiter mit Russisch-Kenntnissen für russisch-historische Arbeiten suchte.

Elisabeth Charlotte Welskopf, aus einer westdeutschen bürgerlichen Familie stammend und in die DDR übergewechselt, erkannte Musioleks leichte Auffassungsgabe, Leistungsfähigkeit und Sprachgewandtheit und schätzte sein Interesse für alte Geschichte, stellte ihn ein und bald wurde Musiolek gleichberechtigtes Mitglied der Familie Welskopf. Seine Arbeitgeberin verlangte von ihm die Aufnahme des Geschichtsstudiums. So studierte er von 1956 bis 1960 an der Humboldt-Universität in Berlin Geschichte. Ab seinem achten Semester hielt er bereits vertretungsweise Vorlesungen.

1972 promovierte Musiolek. Als Welskopfs Meisterschüler erlebte er bei ihr, „Geschichte für die Gegenwart zu betreiben, Geschichte und Gegenwart im welthistorischen Kontext zu denken, die vielschichtigen Beziehungen zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur aufzuspüren“. Andererseits war es vor allem Peter Musiolek, der durch seine Lebenserfahrung in der Nachkriegszeit in Ostdeutschland und durch seine Erlebnisberichte aus russischen Straflagern seine kommunistische Hochschullehrerin von ihrer stalinistischen Ideologie abgebracht hat.

Enttäuscht von Anliegen und Inhalt der 3. Hochschulreform, die den Parteieinfluß auf Bildung und Wissenschaft weiter verstärkte und sich nach Musioleks Auffassung „gegen Geist und Qualität, gegen Bildung und Humanität“ richtete, ging der passionierte Hochschullehrer nach einem Angebot Jürgen Kuczynskis, dem kommunistischen Wirtschaftswissenschaftler, an das Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften (AdW). Hier fand Peter Musiolek als Leiter der Arbeitsgruppe Antike, ab 1978 als Leiter des Bereichs Altertum/Mittelalter, seine „Nische“, die er auch anderen öffnete. Hier bewahrte er sich die Freiheit des wissenschaftlichen Denkens, ohne von Universitäts- und SED-Parteileitung bevormundet zu werden. Seine Arbeiten zur Wirtschaftsgeschichte

der Antike an diesem Institut haben auch heute noch Bestand.

Nach der Herbstrevolution 1989 stand Musiolek in der ersten Reihe der Erneuerer. Als fachlich hochgeschätzter, politisch integrierter Wissenschaftler wurde er zum stellvertretenden Direktor des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Akademie gewählt. Gleichzeitig arbeitete er an der Humboldt-Universität zu Berlin auf Vorschlag des Unabhängigen Historikerverbandes in der Struktur- und Berufungskommission des Instituts für Geschichtswissenschaft. In dieser Funktion setzte Musiolek alles daran, der Altertumswissenschaft an der Humboldt-Universität wieder internationale Anerkennung zu verschaffen und Berufungen allein unter dem Gesichtspunkt wissenschaftlicher und moralischer Integrität vorzunehmen. Rastlos war er auf vielen Feldern für die Umgestaltung der Wissenschafts- und Universitätslandschaft in Berlin tätig. Dafür war er der richtige Mann: kenntnisreich und verständnisvoll, ungebeugt und ohne jeden Grund zur Anpassung, im Urteil über das Verhalten von Forschern und Hochschullehrern differenziert und kompromißlos zugleich, umgetrieben von der steten Sorge um die berufliche Existenz der Mitarbeiter seines Instituts und mancher Studenten der Universität.

Peter Musiolek war es nur einmal – 1991 – vergönnt, seinen Sehnsuchtsort Griechenland zu sehen, für dessen Kultur und Geschichte er sich seit seiner Studentenzeit in Cottbus begeisterte und die er später zu seinem Lebensinhalt machte. Er starb 64-jährig noch im selben Jahr, am 28. November 1991, in Berlin.

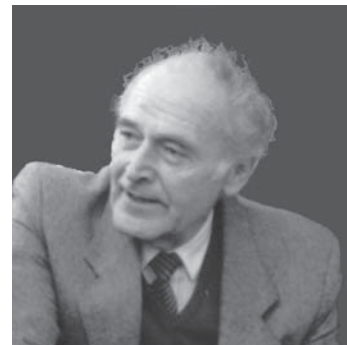
In ihrem Nachruf würdigte die Althistorikerin Isolde Stark die politische aufrechte Haltung und Vorbildwirkung ihres Universitätslehrers Peter Musiolek. Sie erwähnte auch, daß er in den Jahren der kommunistischen Diktatur in der DDR Studierende schützte oder den Schutz für Studenten organisierte, die politisch und ideologisch Ungnade gefallen waren. So gab es drei Versuche, sie aus politisch-ideologischen Gründen zu exmatriculieren. In diesen brenzligen Situationen verfolgte Peter Musiolek immer die gleiche Strategie: Durch einen vertrauten Kollegen, Mitglied der SED, war er rechtzeitig informiert, wenn die Parteigruppe über einen Studenten wegen „abweichlerischer“ Reden oder anderer Auffälligkeiten den Stab brechen wollte. Unverzüglich aktivierte dann Peter Musiolek

Elisabeth Charlotte Welskopf. Sie, die eine undogmatische marxistische Perspektive mit bürgerlich-vornehmer Souveränität und Menschlichkeit im Persönlichen verband, ging dann in die Parteiversammlungen. Da sie als „Kommunistin der ersten Stunde“ und Persönlichkeit hoch geschätzt war, konnte sie die Genossen durch ihre Autorität von ihrem Vorhaben abbringen oder einen anderen Ausweg finden. Dem Staatssicherheitsdienst blieb Musioleks politische Haltung nicht verborgen. Er hätte ihn im Ernstfall verhaftet und in ein Isolierungslager gesteckt.

Sein Freund und damaliger Vorgesetzter, der Wirtschaftswissenschaftler Thomas Kuczynski, betonte in einer bewegenen Rede am Grabe Peter Musioleks neben dessen wissenschaftlichen Leistungen besonders seine „inneren Werte“, voran seine außerordentliche Charakterstärke, die sicherlich auch den Umgang mit ihm nicht immer leicht gemacht hat: „Er war der Meinung, daß sein ... ‚Seelenkäse‘ niemanden etwas angehe. Ja, daß er nicht Auto fahren konnte und sich gern fahren ließ, das wußten alle, aber wer kannte seine Begründung ‚Panzerfahren hat mir genügt‘? ... [Seine Lagerhaft in Workuta] hat er stets seine zweite Universität genannt, ... für ihn prägend für sein Verhältnis zu anderen Menschen, für seinen Begriff von Anstand und Moral. Dort gewann er Hochachtung vor Gefangenen, die weder lesen noch schreiben konnten und saubere Charaktere waren, dort lernte er, solidarisches Verhalten zu schätzen und selber zu üben.“

Seine Frau Barbara, die im vergangenen Jahr gestorben ist, hat Peter Musiolek nicht dazu bewegen können, seine Erlebnisse aus der Untersuchungshaft und aus der Haft im russischen Straflagergebiet Workuta aufzuzeichnen. So bleiben neben den Erinnerungen seiner Familie, seiner Weggefährten und Schüler nur seine wissenschaftlichen Arbeiten. Unser Anliegen muß es sein, dafür zu sorgen, daß der aufrechte Gang Peter Musioleks nicht so schnell dem Vergessen anheimfällt.

(Nach einem Vortrag des Autors zum 90. Geburtstag Peter Musioleks, gekürzt.)



Peter Musiolek bei einem Besuch in Bayern, wenige Tage nach dem Fall der Mauer am 16. November 1989.
Quelle: Archiv Christel Gass

Anerkennung ausweiten

Forderungskatalog auf Bundesebene des Stammtischs der ehemaligen politischen Gefangenen – Rheinland-Pfalz

1. Anerkennung von Kindern politisch Inhaftierter, die in privater Pflege untergebracht waren

Eine bisher nicht berücksichtigte Opfergruppe sind die bereits zum Zeitpunkt der Inhaftierung lebenden Kinder von Verfolgten. Meist durch eine mißglückte Republikflucht oder grundlose Verhaftung der Eltern wurden die Kinder von ihren Eltern getrennt. Die Kinder waren damals zwischen zwei und sechzehn Jahre alt, kamen kurzzeitig in Heimen unter bis zur Übernahme in Privatpflege.

Bevor es zur Verhaftung der Eltern kam, gab es permanente Überwachung durch die Stasi. Die Verhaftung der Eltern vor den Kindern, die plötzliche Trennung von den Eltern haben große Angst und Hilflosigkeit ausgelöst. Das Ausgeliefertsein und Verlassenwerden ohne Erklärung der Situation, nicht zu wissen, was jetzt mit den Eltern und „mir“ passiert, sind nachhaltig und von nicht zu unterschätzender traumatischer Wirkung.

Die private Pflege bei Großeltern, Verwandten und Freunden war natürlich die bessere Alternative zum Heim. Viele der Kinder wußten nicht, wo ihre Eltern verblieben sind. Kontaktsperre zwischen Kindern und Eltern war den Pflegepersonen aufgetragen. Die Fragen der Kinder zum Verbleib ihrer Eltern wurden mit Ausreden wie „sie arbeiten im Ausland“, hatten einen Unfall (und ähnlichen Lügen), beantwortet. Wenn bekannt war, daß die Eltern im Gefängnis sind, z.B. wegen Republikflucht, ging für die Kinder schon im Kindergarten und in der Schule ein Martyrium los. Linientreue Lehrer und Erzieher hatten keine Scham, die Kinder vor der Klasse wegen ihrer Eltern zu demütigen. Die „Fürsorge“ des DDR-Staates galt diesen Kindern ganz bewußt nicht. Die lange Haftzeit der Eltern über Jahre, die zwangsweise Trennung der Kinder

von den Eltern hinterließen beträchtliche Schäden. [...]

Unsere Bitte ist deshalb eindringlich, sich dafür einzusetzen, daß den Nachkommen von Opfern politischer Verfolgung in der ehemaligen DDR angemessene Wiedergutmachung gewährt wird.

2. Haftfolgeschäden

Wir fordern eine bundesweit einheitliche, gegebenenfalls zentralisierte, sachkundige, auf dem aktuellen Wissensstand stehende fundierte Begutachtung in den Anerkennungsverfahren von Haftfolgeschäden. Insbesondere fordern wir hierbei auch die Beweislastumkehr bei der Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden und eine gesetzliche Regelung der Begutachtungspraxis psychisch reaktiver Traumafolgen nach politischer Verfolgung in der ehemaligen SBZ/DDR. [...]

3. Opferpension

Wir fordern eine regelmäßige Anpassung der „besonderen Zuwendung für Haftopfer“ nach StrRehaG §17a zum Ausgleich des Kaufkraftverlustes, eine einkommensunabhängige Opferpension, die nicht auf die Haftzeit von mindestens 180 Tagen beschränkt ist. [...]

4. Rentenrecht

Wir fordern gesetzliche Konsequenzen im Rentenrecht. Bei der Zusammenführung des Rentensystems der DDR mit dem bundesdeutschen Rentensystem entstanden eine Reihe von „Überführungslücken“ und andere Ungerechtigkeiten. Menschen, die bis 1989 aus politischen Gründen aus der DDR geflohen sind, galten zunächst als Bundesbürger. Sie wurden auf der Grundlage des geltenden Fremdrentengesetzes so behandelt, als hätten sie ihr ganzes bisheriges Arbeitsleben in der Bundesrepublik verbracht. Seit der Einführung des Rentenüberleitungsgesetzes zum 1.1.1992 wurde diese Regelung für diese Betroffenenengruppe einfach aufgehoben. [...]

5. Lehrpläne

Des weiteren besteht ein dringender Änderungsbedarf in den Lehrplänen an

deutschen Schulen zum Thema Aufarbeitung der SED-Diktatur. Die Geschichte der ehemaligen DDR muß auf ein einheitliches Niveau in den Lehrplänen an allen deutschen Schulen gebracht werden, um der historischen Bedeutung gerecht zu werden. Deshalb sollte nicht das Bundesland entscheiden, sondern eine Regelung landesübergreifend geschaffen werden.

6. Strengere Überprüfung ehemaliger Stasi Mitarbeiter

Wir fordern auch, daß Überprüfungen aller Mitarbeiter des deutschen Bundestages und von Beschäftigten im öffentlichen Dienst ausgeweitet werden. Wir fordern ein Beschäftigungsverbot für ehemalige Stasi-Mitarbeiter in der Stasi-Unterlagen-Behörde. [...]

7. Unterstützung der Selbsthilfegruppen

Für die Opfer der SED-Diktatur fordern wir Unterstützung, bessere finanzielle Ausstattung für therapeutische Einrichtungen, Beratungsstellen und Selbsthilfegruppen.

8. Einsetzung einer Enquete-kommission des Bundestages

Wir fordern die Einsetzung einer Enquetekommission des Bundestages zur Feststellung des tatsächlichen aktuellen Status der Aufarbeitung der SED-Diktatur.

9. Wir fordern, weitere Betroffene in die Gruppe der Verfolgten aufzunehmen

Zwangsadoptierte, Zwangsausgesiedelte aus dem Grenzgebiet, Leistungssportler der DDR, denen die Einnahme von Dopingmitteln, oft ohne deren Wissen, bereits im Kindes- und Jugendalter staatlicherseits verordnet wurde, Personen, die wegen „asozialen Verhaltens“ inhaftiert waren im Zusammenhang mit den Weltfestspielen der Jugend und Studenten, Betroffene von Zersetzungsmaßnahmen des MfS, Personen, die ihren Beruf nicht ausüben bzw. ihm nicht nachgehen durften, Menschen, die aus politischen Gründen um ihr Eigentum gebracht wurden.

10. Wir fordern die Weiterführung der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen über das Jahr 2019 hinaus

Elke Schlegel

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Jeweils sonabends, am 27. Mai sowie am 3., 10., 17. und 24. Juni, 14.00 Uhr: Stadtrundgang „Auf den Spuren der Friedlichen Revolution“, Treffpunkt Leipzig, Hauptportal Nikolaikirche

„Auf die Straße gehen und protestieren“

Demonstration „DDR-Flüchtlinge“ von IEDF und VOS am 21. März 2017 in Berlin

Das Thema „DDR-Altübersiedler und deren vom Gesetzgeber nicht legitimierte Einbeziehung in die Rentenüberleitung“ ist den politisch Interessierten hinreichend bekannt. Es ist ausgerechnet die Generation „Flucht-Ausreise-Freikauf“, die sich nach dem glücklichen Ereignis der Wiedervereinigung auf der Verliererseite wiederfindet. Es geht hier nicht um Aufarbeitung und Wiedergutmachung von DDR-Unrecht. Es geht einzig und allein um die Rückabwicklung eines Unrechts, das nach dem Beitritt der DDR ins Leben gerufen wurde und schäbigerweise mit der Wiedervereinigung begründet wird.

Eine moralische, politische und soziale Demütigung, die nach Wahrnehmung durch die Öffentlichkeit schreit. In Ausgabe 1/2017 wurde über den „Asymmetrischen Kampf“ berichtet, mit dem die Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge (IEDF) von der Bundesregierung erreichen will, daß die vom Gesetzgeber nicht gewollte Einbeziehung der DDR-Altübersiedler in den Prozeß der Rentenüberleitung rückabgewickelt wird.

Die Politik der unionsgeführten Regierungen ist offensichtlich nicht bereit, das zu Lasten der ehemaligen DDR-Flüchtlinge verletzte Recht wiederherzustellen. Und das Parlament ist aufgrund der Mehrheitsverhältnisse nicht imstande.

Was kann man in einer solchen Situation tun? Auf die Straße gehen und protestieren.

Über die Demonstration vom 21. März 2017 – sie war nicht die erste, die von IEDF und VOS gemeinsam durchgeführt worden ist – soll hier kurz berichtet werden.

Die Teilnehmer kamen aus allen Teilen der Bundesrepublik. Von ihnen waren die meisten im höheren Lebensalter. Viele, die gern gekommen wären, konnten aus gesundheitlichen oder finanziellen Gründen nicht nach Berlin fahren. Es gibt keine NGOs, von denen Unterstützung für Flüchtlinge aus der ehemaligen DDR erwartet werden könnte.

IEDF und VOS hatten eine Resolution vorbereitet (s. „der stacheldraht“, Ausgabe 3/2017, S. 9, „Rechtspositionen wieder herstellen“). Die Demonstranten trafen sich am 21. März 2017, 14.00 Uhr am

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS). Hier wurde die Resolution von den Teilnehmern unterschrieben. Der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Menschenrechte, Prof. Dr. Matthias Zimmer (CDU), hat die Resolution entgegengenommen und zugesagt, sie dem Bundestagspräsidenten zuzustellen. (Das hat er auch getan. Vom Bundespräsidialamt hieß es, die Resolution sei „an den Petitionsausschuß verfügt“. Dort verliert sich die Spur. An die Adressaten „Damen und Herren Abgeordnete des 18. Bundestages“ ist die Resolution jedenfalls bis jetzt noch nicht gegangen.)

Die Polizei hatte für den Demonstrationsszug die Straßen abgesperrt. Der Weg führte vom BMAS zum Bundeskanzleramt. Schon vor dem Hause der Bundesministerin Andrea Nahles gab es einige deutliche Reden, in denen gegen die unsachliche Zurückweisung der Petition protestiert wurde, die von 2006 bis 2015 auf dem Tisch des Bundestages gelegen hatte und deren Forderung immerhin von allen im Bundestag vertretenen Parteien getragen worden war.

Bereits als die von Lautsprechern unterstützten Reden begannen, wurden die Fenster im Ministerium demonstrativ geschlossen und die Vorhänge zugezogen. Der nächste Halt des Demonstrationsszuges war das Ministerium für Finanzen. Auch hier stellte man sich taub.

Besonders interessant wurde es vor dem Paul-Löbe-Haus. Hier wurden die Abgeordneten von einem Mitglied des Bundestages sehr deutlich mit der Schande ihres Nichthandelns konfrontiert. Matthias Birkwald von der Fraktion Die Linke war es, der seinen Abgeordnetenkollegen und -kolleginnen das Unrecht vorhielt, das den ehemaligen DDR-Flüchtlingen durch die wiedervereinigte Bundesrepublik Deutschland zugemutet wird. Als Mitglied des Bundestages, der bisher nicht imstande war, das Unrecht zu heilen, entschuldigte er sich dafür. Er betonte die Paradoxie, daß es ausgerechnet ein Vertreter der Linken sei, der, wie er sagte, „Nachnachfolgepartei der SED“, vor deren Regime sie einst geflohen waren, der sich jetzt für die Wiederherstellung des Rechtes einsetze, das zu ihren Lasten von der Bundesrepublik verletzt wurde, die sie früher als Hort des Rechts angesehen hatten.

Das anzumahnen und zu regeln wäre an erster Stelle eigentlich Sache der beiden Unionsparteien. Aber die verschanzten sich in einem Schweigekartell.

Der SPD warf Birkwald mit Recht vor, daß sie das Erbe des unvergessenen Ottmar Schreiner verspielt habe, indem sie sich dem Diktat der Union gebeugt und sich in dieser Legislaturperiode um 180 Grad gedreht habe. Er sagte: „Gäbe es die DDR heute noch, brauchten sich die DDR-Flüchtlinge nicht über eine Verletzung ihrer Rechte zu beklagen.“ Und: „Wir sehen es als Opposition im Parlament als unsere Pflicht an, den gedemütigten DDR-Flüchtlingen eine Stimme zu geben.“ Er unterstrich, daß Die Linke die auf der Demonstration verabschiedete Resolution von IEDF und VOS voll unterstütze.



Auch während der Demonstration angeregte Diskussionen.

Auch hier: Kein Abgeordneter aus dem Regierungslager ließ sich sehen.

Die letzte Station war das Bundeskanzleramt. Der Vorsitzende der IEDF, Dr. Jürgen Holdefleiß, sprach in seiner Rede die Bundeskanzlerin direkt an. Er erinnerte sie daran, daß sie aus derselben DDR stamme wie die Menschen, die von der IEDF vertreten werden. Sie habe allerdings das Glück, daß sie für ihre politische Karriere Verhältnisse vorgefunden habe, die von anderen geschaffen worden seien. Die Generation „Flucht-Ausreise-Freikauf“ habe einen wesentlichen Anteil daran, daß das SED-Regime im Herbst 1989 gestürzt werden konnte. Zu dieser Zeit habe Angela Merkel noch an die Zukunft des Sozialismus geglaubt.

„Eigentlich müßten Sie sich bei den DDR-Flüchtlingen bedanken, anstatt für deren





Am Potsdamer Platz.

Bestrafung zu sorgen“, sagte der IEDF-Vorsitzende.

Er verwies darauf, daß sie als Kanzlerin der Willkommenskultur jenen, die „neu dazugekommen sind“, ein freundliches Gesicht gezeigt habe, was auf unzähligen Selfies festgehalten sei. Die ehemaligen DDR-Flüchtlinge, die ja eigentlich ihre historischen Landsleute seien, würden seit ihrer Amtsübernahme vergeblich auf ein freundliches Gesicht von ihr warten. Im Gegenteil.

Der Redner warf ihr vor, daß sie ihre Richtlinienkompetenz, über die sie seit 2005 verfügt, dafür nutze, die Lösung des Konfliktes zu verhindern. Sie habe

keinen der an sie gerichteten Briefe des Vorstands der IEDF beantwortet. Sie habe auf den in mehreren Printmedien wie auch Online veröffentlichten „Offenen Brief“ von 2012 nicht reagiert, mit dem ihr nahegelegt wurde, den Antrag auf eine abstrakte Normenkontrolle zu stellen. Sie habe 2015 Ministerin Andrea Nahles die Anweisung gegeben, die aus mehreren hundert Einzelpetitionen bestehende Sammelpetition mit einer ablehnenden Stellungnahme zu versehen.

Es mute in der Tat etwas merkwürdig an, daß die Bundeskanzlerin ihre Richtlinienkompetenz nutze, um auf ein vergleichsweise nachrangiges Problem wie das der DDR-Altübersiedler direkt und persönlich Einfluß zu nehmen, und sie diese Entscheidung quasi zur Chefsache gemacht habe.

Der Redner schloß mit den Worten: „Wir fordern Sie auf, unverzüglich den Mißbrauch des RÜG abzustellen und anzuweisen, daß der status quo ante wieder hergestellt wird.“

Der Organisator der Demonstration, Dr. Wolfgang Mayer, hatte im Vorfeld sehr professionell für Pressemitteilungen gesorgt. Die Märkische Oderzeitung brachte

einen Artikel, in dem sie von mehreren hundert Teilnehmern sprach. Die großen Printmedien haben es leider nicht für nötig gehalten, von dem Ereignis Kenntnis zu nehmen.

Der MDR machte eine Aufnahme, von der sich eine kurze Sequenz in dem Beitrag wiederfand, der am Abend im Format „Umschau“ ausgestrahlt wurde.

Es war ein durchaus passender und geradezu würdevoller Abschluß der Demonstration, daß die MDR-Fernsehzuschauer am Abend des 21. März 2017 aktuell zur besten Sendezeit über das Unrecht informiert wurden, das die Politik den ehemaligen DDR-Flüchtlingen zumutet, und gleichzeitig zur Kenntnis nehmen konnten, daß diese dagegen auf die Straße gehen. Für die Tagesschau ist das mehr als 300 000 Bundesbürger quälende Unrecht dagegen keine Meldung wert.

Leider wird jedoch auch diese Aktion noch nicht die letzte bleiben können, da von der noch amtierenden Bundesregierung keine Anstalten gemacht werden, die Bestrafung der Generation Flucht-Ausreise-Freikauf für ihren Verrat an der DDR rückgängig zu machen.

Siegfried Ulrich (IEDF)

Gedanken zum Gedenken

Zur Einweihung eines neuen Gedenkkreuzes in Sachsenhausen

Am 22. März 2017 errichtete die Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 „An der Düne“ (außerhalb des Lagergeländes an einer der drei Massengrabanlagen des Speziallagers) ein neues Gedenkkreuz für 14, zumeist jugendliche, Wittenberger Todesopfer kommunistischer Willkür. Die Schriftführerin der Arbeitsgemeinschaft, Mariagnes Penne, las bewegende Ausschnitte aus einem Buch Wittenberger Zeitzeugen.

Die Leidenswege der Wittenberger Demokraten sind beschrieben im Buch von Gisela Gneist und Günther Heydemann „Allenfalls kommt man für ein halbes Jahr in ein Umschulungslager“ (ISBN 3-00-011007-0), erschienen 2002. Zeitzeugen, die den Autoren des Buches zuarbeiteten, erinnerten sich genau.

Oft sind Hafterlebnisse um so wahrhaftiger, je früher sie nach dem Erlebten publiziert werden, z.B. in dem 165sei-

tigen Buch „Bolschewismus nackt. Ein Kommunist erlebt sowjetisches KZ“, von André Sonnet, erschienen 1951 im Bollwerk-Verlag Offenbach. Häufige Mängel früher Publikationen zu Stalins Lagern sind fehlerhafte Angaben der Todesraten und geringe Einbettung der individuellen Erlebnisse in den historischen Kontext.

Dreizehn Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft und elf Gäste von anderen Opferverbänden verharnten im Gedenken.

Keiner der geladenen Vertreter von Kommunalpolitik und Parteien erschien, auch kein Einwohner aus der Region – trotz deutlicher Voran-

kündigung in der Märkischen Allgemeinen Zeitung.

Genauso wenig Teilnehmer kamen eine Woche zuvor zum Gedenken an rund 2000 Oranienburger Bombentote des 15. März 1945. (Eingeladen hatten die Stadtverwaltung, das Forum gegen rechte Gewalt und Rassismus und die evangelische Kirchengemeinde Oranienburg.)

Drei geladene Journalisten notierten und fotografierten.

Mit Ausnahme des Oranienburger Gene-



Beim Gedenken: der Vorstandsvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, Joachim Krüger (l.), und sein Stellvertreter, Michael Ney.

ralanzeigers hielten sich die Berichte kurz. Doch besser knappe Erwähnung als völlige Ignoranz.

Eine Regionalzeitung schrieb: „... Widerstandskämpfer der Antifa-Jugendgruppe in Wittenberge, die ... unter anderem in Sachsenhausen umkamen.“

Der Irrtum resultiert wohl aus einer Bildungspolitik, die das Unterrichtsfach Geschichte als nachrangig einstuft. Insbesondere Leiter von Gedenkstätten mit zweifacher Vergangenheit sollten daher verstärkt über den Nachkriegsterror in der SBZ/DDR aufklären.

Das Vorgänger-Kreuz für die Wittenberger hatten im November 2016 unbekannte Extremisten zerstört.

Mahnorte im Bereich der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen erlitten mehrfach Schändungen. Unvergessen bleibt der hinterhältige Brandanschlag 1992 im Lagerdreieck auf die Baracke 38 für jüdische Häftlinge (nach 1945 u.a. Quarantänebaracke). Diese Attacke war eindeutig extremistisch, weil massiv gegen verfassungsrechtliche Schutzgüter gerichtet.

Den Begriff „Extremismus“ nutzen zwar Demagogen und Dummköpfe exzessiv und einseitig, doch im aktuellen Fall gilt diese Zuordnung dennoch: Der Täter verstieß gegen das staatliche Gewaltmonopol und damit gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. An der Wertung ändert sich auch nichts, falls sich „nur“ ein verwahrloster Rowdy unpolitisch austobte.

Es war nicht der erste derartige Gewaltakt. Weitgehend unbekannt blieben frühere Zerstörungen von Erinnerungen an Speziallager-Opfer: Ende 1991 vernichteten Unbekannte auf den Massengräbern im Forst bei Sachsenhausen privat finanzierte Holzkreuze, u.a. für Erhard Buchholz, Herbert Calm, Otto Henke, Friedrich Meyer, Friedrich Möhle – auch das liebevolle Kreuz für Werner Siedentopf. Ein Kreuz von Benno Prieß (Waldheimer Kameradschaftskreis) mit der Namenstafel für 32 Thüringer Jugendliche traf es ebenfalls.

Dessen Neuanfertigung steht seither „An der Düne“, zusammen mit den Holzkreuzen für die Wittenberger und die Mecklenburger Jugendlichen. Alle Gedenktafeln waren nach drei Jahren mit Hakenkreuzen geschändet.

Ein nicht unbekannter Historiker beharrte auf seiner Ansicht, dies wäre die Tat von



1991 zerstörtes Kreuz für Werner Siedentopf.



Das Grab Gisela Gneists auf dem Friedhof an der Heerstraße.

Rechtsextremisten. Unsere seinerzeitige Vorsitzende, Victoria Heydecke, stellte klar: „... Hakenkreuze können nicht nur Rechtsextreme schmieren – und welcher Rechtsextreme könnte ein Interesse daran haben, Grabzeichen von Kindern und Jugendlichen zu schänden, die von Kommunisten umgebracht sind...“

Die daraufhin neuen, wiederum privat finanzierten Metalltafeln blieben bislang unbeschädigt (anders als das eingangs genannte Holzkreuz). Künftige Zerstörungen lassen sich nicht verhindern und Täter wahrscheinlich nicht belangen.

Doch wir trafen Vorsorge und raten auch anderen Sachwaltern politischer Mahnzeichen von Wert dringend dazu.

Die fast 2 Meter hohen Holzkreuze erhielten rückseitig in Beton verankerte Metallstreben und nicht lösbare Verschraubungen.

Um später eine gegebenenfalls zerstörte Relief-Metallplatte kostengünstiger zu ersetzen, läßt sich von ihr vorab ein elastischer Sicherungsabdruck fertigen. Er

dient als Form für den Positiv-Abdruck aus Gips o.ä. Im Ernstfall wird damit eine (negative) Form modelliert, in die der Nachguß erfolgt. Nachteil der Sicherungsmethode: Dreimaliges Umkopieren eines Reliefs führt zu Unschärfen.

So sicherten wir die Gedenkplatten fotografisch. (Moderne Bearbeitungsmaschinen fertigen anhand derartiger Vorlagen.) Die digitale Sicherung – insbesondere detailreicher Gegenstände – muß qualifiziert erfolgen:

- Kamera mit APS-C-Sensor oder größer (ab rund 350 mm² Sensor-Fläche aufwärts)
- ISO 100 (oder kleiner) einstellen
- Blende etwa 4,0 wählen
- helles Tageslicht (kein direktes Sonnenlicht, kein Blitz- oder anderes Kunstlicht)
- nicht im Weitwinkelbereich, sondern mit Brennweite ca. 5 cm fotografieren
- stets professionelles Stativ oder geeignete andere feste Unterlage für die Kamera
- immer Zeitauslöser (2 s, besser 10 s),
- der zu fotografierende Gegenstand reicht *nicht* bis an den Bildrand
- die optische Achse des Kamera-Objektivs auf die geometrische Mitte des zu fotografierenden Gegenstandes richten
- die horizontale und die vertikale Ebene des Gegenstandes bilden möglichst genau 90°-Winkel zur optischen Achse des Kamera-Objektivs (schwierig besonders bei schräg fixierten Gegenständen)
- kombiniert im RAW- und JPG-Format fotografieren

Der 22. März 2017 war zugleich zehnter Todestag der Wittenbergerin Gisela Dohrmann (verheiratete Gneist). Die Lager Alt-Strelitz und Sachsenhausen überlebte sie und prägte von 1993 bis kurz vor ihrem Tod entscheidend unsere Arbeitsgemeinschaft als deren Vorsitzende. Auf dem Berliner Friedhof Heerstraße gedachten wir Gisela Gneists und schmückten ihre Ruhestätte mit weiteren Blumen.

Wir behalten sie in dankbarer Erinnerung. Ihre öffentlichkeitswirksame Gedenkarbeit für deutsche Nachkriegsopfer des Kommunismus zehrte zunehmend an ihren Kräften. Manchen war sie unbequem mit oft kompromißlosem Agieren, vielleicht gemäß dem alten Spruch „Viel Feind, viel Ehr!“ Aber die Zahl ihrer Freunde überwog – und überwiegt.

Reinhard Klaus

VOS hat gewählt

Auf der 31. Generalversammlung der VOS e.V. am 8. April 2017 in Friedrichroda wurde Detlef Chilla zum Bundesvorsitzenden der VOS gewählt. Der gebürtige Bützower wurde in Rostock von der Stasi verhaftet und saß von Juni 1981 bis September 1982 sowie vom Februar 1984 bis Januar 1985 aus politischen Gründen in DDR-Gefängnissen.



Detlef Chilla.

Die Rostockerin May-Britt Krüger und der Berliner Rainer Buchwald wurden als stellvertretende Bundesvorsitzende in ihrem Amt bestätigt.

Detlef Chilla erklärte: Wir dürfen die Taten der SBZ/DDR-Diktatur nie vergessen, und wir werden als Demokraten täglich auf die Täter hinweisen.

Wir, die Rehabilitierten, sollten als Ehrenbürger wahrgenommen werden und nicht als trauernde Opfer, nicht am Rand der Gesellschaft, sondern mittendrin. Zolt den Vorkämpfern der „Friedlichen Revolution“ Respekt, denn sie gingen noch durch die Hölle der Diktatur. 🇩🇪

Chemnitz – Gedenken anlässlich des Volksaufstandes von 1953

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden, am **Sonnabend, dem 17. Juni 2017, 11.00 Uhr**, findet in der Parkanlage gegenüber dem Landgericht (Hohe Str. 23, 09112 Chemnitz) unsere alljährliche Gedenkveranstaltung statt.

Zuvor besteht dank des Lern- und Gedenkortes Kaßberg-Gefängnis e.V. in der Zeit von 9.00 bis 10.30 Uhr die Möglichkeit, die ehemalige U-Haftanstalt zu besichtigen.

Wir freuen uns auf Euer Kommen und hoffen auf gute Gesundheit.

Der Vorstand
der VOS-Bezirksgruppe Chemnitz

Gedenken in Malchow

7. Juli 2017, 11.45 Uhr am Gedenkstein in der Gartenstraße; Grußworte von Joachim Krüger, Vorsitzender AG Sachsenhausen 1945-1950, Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender UOKG, May-Britt Krüger, stellvertretende Vorsitzende VOS, Dr. Matthias Buchholz, Bundesstiftung Aufarbeitung, Alexander Latotzky, Vorsitzender Bautzen-Komitee und Kinder hin-

ter Stacheldraht; Gedenkrede: Eckhardt Rehberg MdB (CDU)

Weitere Mitwirkende: Bläserquintett des Heeresmusikkorps Neubrandenburg, Schülerinnen und Schüler der Fleesensee-Schule Malchow, Bürgermeister und Pastor.

Am 8.7. gedenkt die AG Sachsenhausen ca. 9.30 Uhr am Gedenkstein in Waren (Am Kietz, Raiffeisenbank) und ca. 11.30 Uhr in Penzlin am Gedenkstein auf dem Friedhof. Dort wird eine alte Grabanlage von Karl-Friedrich Wendt, die neugestaltet wurde, wieder eingeweiht. Der Tod Karl-Friedrich Wendts steht für das Unrecht in der DDR.

Horst Vau

Kunst und Aufarbeitung im Landtag Baden-Württemberg

Eröffnung der Ausstellung von Gino Kuhn und Katrin Büchel im Landtag am 21. Juni 2017

(gk-kb) Die tiefgreifende künstlerische Auseinandersetzung ihrer beklemmenden Hafterlebnisse mit der institutionalisierten Gewalt der ehemaligen DDR-Diktatur rückt ein wichtiges politisches Thema zur Aufarbeitung auf bildhafte Weise in den Focus der Öffentlichkeit. Die authentischen Bilder und Fotos sind von zeitlosem Rang und zeigen die Aktualität in Bezug auf die Notwendigkeit, an der Aufarbeitung der SED-Vergangenheit festzuhalten. Die Künstler Gino Kuhn und Katrin Büchel beschränken sich bei ihren Ausstellungen nicht nur auf eigene Erfahrungen in DDR-Haft, sondern weisen auch besonders in Westdeutschland auf die Anliegen aller politischen Häftlinge hin. 🇩🇪

Suchanzeige

Röntgenbestrahlung beim MfS

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser, unsere Kanzlei vertritt in einem sozialgerichtlichen Verfahren einen Mandanten, der an Krebs erkrankt ist. Es besteht von ihm die Vermutung, daß der Auslöser der Erkrankung in einer Bestrahlung in dem Gefängnis der Staatssicherheit liegen könnte.

Unser Mandant mußte im Sommer 1989 in Chemnitz in dem Gefängnis „Kaßberg“ des MfS in einem „Fotoraum“ längere Zeit warten. Der Raum war holzvertäfelt

(Typ Wohnanbauwand „Eiche rustikal“) und hatte eine Leinwand, die mit Glasdeko bemalt war. Der Stuhl, auf dem unser Mandant sitzen mußte, war auf einer Schiene angebracht. In der Folgenacht nach diesem Warten litt unser Mandant unter so starken Kopfschmerzen, daß er fast meinte, sterben zu müssen. Dies könnte ein Hinweis auf die Nebenwirkung einer Röntgenbestrahlung sein.

Da dieser Vorgang und Zusammenhang von uns nicht bewiesen werden kann, wäre es für uns sehr hilfreich, wenn Personen, die das gleiche erlebt haben, dieses bezeugen könnten.

Rückmeldungen bitte an die Kanzlei Dr. Brunner & Partner, Postfach 1347, 79813 Titisee-Neustadt 🇩🇪

Leserbrief

Beteiligung in Aussicht gestellt

Zum Beitrag „Teilnahme verboten“, Ausg. 3/2017, S. 3

Richtig ist, daß anlässlich des 28. Bautzen-Forums (11./12.05.2017) keine Abendveranstaltung in der Gedenkstätte Bautzen durchgeführt wird. Bereits 2016 hat der Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Siegfried Reiprich, bei der Friedrich-Ebert-Stiftung/Landesbüro Sachsen (FES) gebeten, eine formale Kooperationsvereinbarung abzuschließen, da die Gedenkstätte Bautzen an den bisherigen Bautzen-Foren personell und strukturell beteiligt gewesen war. Noch vor einer abschließenden Entscheidung in dieser Sache hat die FES Einladungen zum 28. Bautzen-Forum versandt. Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten/Gedenkstätte Bautzen wird hierin nicht erwähnt. Dennoch hat der Geschäftsführer eine Beteiligung der Gedenkstätte im Rahmen einer Kooperation im persönlichen Gespräch weiterhin in Aussicht gestellt.

Die Gedenkstätte Bautzen wird jedoch am 11. Mai verlängerte Öffnungszeiten anbieten, um den Teilnehmern des 28. Bautzen-Forums einen Besuch der Gedenkstätte zu ermöglichen. Der Geschäftsführer bedauert weiterhin, daß Herr Alexander Latotzky als Vorsitzender des Bautzen-Komitees e.V. mit einem offenen Brief auf die Entwicklung reagiert und nicht zuvor das direkte Gespräch mit der Stiftung gesucht hat.

Dr. Julia Spohr, Wissenschaftliche Referentin/Leitung Öffentlichkeitsarbeit

Abschied

Theo Koenig

Wie wir erst jetzt erfahren haben, ist bereits am 10. Oktober 2010 unser Onkel Theo – die Stasi-Feindzentrale Theo Koenig – verstorben.

Er wurde am 26.4.1926 in Horstmar geboren und nach einer Lehre als Industriekaufmann kurz vor Kriegsende zum Militär eingezogen. Am 2.1.1948 trat er in den Orden der „Missionare vom heiligsten Herzen Jesu“ in Münster ein und ging 1952 für 20 Jahre als Missionar nach Papua-Neuguinea. Nach seiner Rückkehr nahm er 1972 eine Stelle als Sekretär im Kardinal-von-Galen-Gymnasium in Münster-Hiltrup an.

Durch Zufall erhielt er die Adresse eines Mädchens aus dem heutigen Brandenburg-Vorpommern, die Briefmarken tauschen wollte. 1974 besuchte er sie zum ersten Male in der „DDR“ und erfuhr dort auch von der Inhaftierung unbequemer Bürger. Nach dem Kontakt zum Verein „Hilferufe von drüben“, wo ich Theo kennenlernte, begann er an Familien, deren Mütter oder Väter eingesperrt waren, von seinem Taschengeld als Bruder zu schicken.

1979 waren es 50 Familien, 1983 bereits über 200 – insgesamt waren es 700 Fa-

milien, mit denen er in Verbindung stand. Die Portokosten von ca. 2600,- DM erstattete ihm „Hilferufe von drüben“, den Paketinhalt finanzierte er mit Spenden seiner Brüder, seiner Freunde, Verwandten und der Lehrer, Schüler und deren Eltern seines Gymnasiums. Anfangs in seiner Schule und später im daneben liegenden Kloster hatte er einen Raum eingerichtet, in dem er für „sein Hobby“ arbeitete.

Irgendwann kam es dann zum Namen „Onkel Theo“, der auch für die Korrespondenz einfacher und unverfänglicher war. Aber bereits 1981 hatte Theo Koenig eine Akte als Mitglied einer staatsfeindlichen Organisation und Menschenhändler, wurde auch in Hiltrup observiert und von Gerichten in der „DDR“ schon in Abwesenheit verurteilt.

Um 1985 besuchte mich als Rentner der ehemalige Mithäftling W. Meißner, von dem ich nicht wußte, daß er ZI war. Mit Tränen schilderte er mir, daß sein Sohn in einem tschechischen Schiff auf der Elbe versteckt sei und nach Hamburg gebracht werden solle. Aber plötzlich verlangten die Tschechen noch mal 6000,- Westmark. Also sprach ich mit Onkel Theo über eine Hilfe. Onkel Theo hatte ja nicht viel, er konnte nur seine Briefmar-

kensammlung verkaufen. Also gaben Onkel Theo 3000,- DM und ich 3000,- DM. Ein halbes Jahr später erfuhr ich, daß Meißner junior ganz normal zu Hause lebt und daß alles eine Lüge war. Ich sprach wieder mit Theo, wie wir unser Geld zurückbekommen könnten. Aber er antwortete mir: „Laß mal sein. Es gibt halt Menschen, die auch einmal straucheln und solche wie uns, die auch einmal eine negative Erfahrung machen. Reg' dich nicht auf, du mußt auch verzeihen können.“

Am 1.7.1991 wurde Theo Koenig mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Nach der Wiedervereinigung begann er mit den Maltesern, Hilfslieferungen nach Königsberg (heute Kaliningrad) zu organisieren.

„Nicht schweigen, sondern helfen“, war der Leitspruch seines Lebens.

Wir dürfen und wollen Theo Koenig nie vergessen. Er war ein einmaliger Mensch. Er war der gute Onkel, der Tröster und der Helfer vieler Familien. Bruder Theo war ein Geschenk des Himmels.

Jürgen Ritzschke



Theo Koenig, 1985.

Peter Strelzyk

Am 16. September 1979, als Peter Strelzyk und Günter Wetzl mit ihren Familien im Heißluftballon über die innerdeutsche Grenze von Thüringen nach Oberfranken flohen, arbeitete ich an der Ost-Akademie im niedersächsischen Lüneburg und war begeistert davon, daß es wieder einem unzufriedenen Untertanen Erich Honeckers gelungen war, dem eingemauerten SED-Staat mit List zu entkommen. Jetzt ist Peter Strelzyk, 74 Jahre alt, am 11. März im Jenaer Universitätsklinikum gestorben.

Geboren wurde er 1942 in der ober-schlesischen Hauptstadt Oppeln, wuchs aber, nach der Flucht seiner Eltern vor der Roten Armee, in Thüringen auf. Nach Ableistung seines Wehrdienstes in der Nationalen Volksarmee arbeitete er als Flugzeugmechaniker im ostthüringischen Pößneck. Hier heiratete er 1966 seine Frau Doris, deren Bruder aus poli-

tischen Gründen verhaftet und verurteilt worden war.

Nachdem der erste Fluchtversuch im Sommer 1979, den Peter Strelzyk allein mit seiner Familie unternommen hatte, fehlgeschlagen war, gelang der zweite mit acht Leuten an Bord. Die Flugstrecke vom thüringischen Pößneck ins oberfränkische Naila bewältigte der Ballon, der von DDR-Grenztruppen um 3.00 Uhr in der Nacht gesichtet worden war, in 28 Minuten.

Die acht Flüchtlinge, die mitten in der Nacht gelandet waren, wurden, zehn Jahre vor dem Mauerfall, wie Helden gefeiert. Für Erich Mielke und seine Genossen im Ostberliner Ministerium für Staatssicherheit war diese Flucht eine gewaltige Blamage, weshalb 28 Spitzel auf Peter Strelzyk angesetzt wurden, nachdem er in Bad Kissingen ein Elektrofachgeschäft eröffnet hatte. In sieben Aktenordnern, die er bei der Gauck-Behörde einsehen konnte, fand er alle kriminellen Aktionen

aufgelistet, mit denen die Staatssicherheit sein Leben und seine Familie zerstören wollte.

Ein Jahr nach der Flucht veröffentlichte Jürgen Petschull, der als Journalist für die Hamburger Illustrierte „Stern“ arbeitete, das Buch „Mit dem Wind nach Westen. Die abenteuerliche Flucht von Deutschland nach Deutschland“ (1982). Der nach diesem Buch gedrehte Film „Night Crossing“, den der amerikanische Regisseur Delbert Mann gedreht hatte, kam 1982 in die Kinos und ist seit 2003 als DVD erhältlich.

Peter Strelzyk, der nach 1989/90 mit seiner Frau Petra nach Pößneck zurückgekehrt war, hat über Vorgeschichte, Hintergründe und Begleitumstände seiner Flucht 1999 das Buch „Schicksal Ballonflucht. Der lange Arm der Stasi“ veröffentlicht.

Jörg Bernhard Bilke

„Erniedrigung und Freiheit“



.....
 Franz-Viktor Salomon: *Lukas* – Eine deutsche Erzählung, Selbstverlag, Norderstedt 2016, 655 S., 22,99 €



.....
 Hans-Henning Paetzke: *Andersfremd* (Roman), Mitteldeutscher Verlag, Halle 2017, 368 S., 14,95 €



.....
 Christian J. Th. Koch: *Ohne Lüge leben* – wachsen und reifen im Zuchthaus der Stasi, Verlag KOMPLETT-MEDIA GmbH, München 2014, 205 S., 19,95 €

Allein zum Zuchthaus Cottbus, dem bedeutendsten politischen Gefängnis der DDR ab Mitte der 60er Jahre, soll es mehr als 130 Bücher geben, in denen ehemalige politische Häftlinge sich ihre zum Teil qualvollen Erlebnisse von der Seele geschrieben haben. Die wenigstens davon verstehen sich als Schriftsteller oder Dichter, zu denen etwa Raimund August, Gabriel Berger, Klaus Kordon, Utz Rachowski, Andreas Reimann, Axel Reitel, Thomas Renker, Andreas Schmidt, Jürgen Schmidt-Pohl, Peter Schnetz oder Gerald Zschorsch zu zählen wären. Doch die meisten Bücher stammen von anderen Intellektuellen, die in Cottbus zuhause gesessen haben.

Einer davon, der Veterinärmediziner Prof. Dr. Franz-Viktor Salomon, hat ein umfangreiches autobiografisches Familienporträt verfaßt, das jedoch erst die Hälfte seiner ganzen Geschichte umfaßt, und als eine umfassende „deutsche Erzählung“ herausgegeben wurde unter dem männlichen Vornamen „Lukas“. Im Griechischen heißt das: der ins Licht Getretene.

Obwohl er in einer systemkritischen Familie aufwächst und in ihr immer der Hintergedanke im Raum schwebte, diese Sowjetkolonie namens DDR in Richtung Westen verlassen zu wollen, zögerte sie wie viele, weil zuvor noch das Abitur zu absolvieren sei oder einem die Großeltern zu lieb waren. Bedingt durch die Karriere des Vaters, der es bis in ein Ministerium schaffte, mußte der Schüler oft die Schulen und den Freundeskreis wechseln. Trotzdem oder vielleicht gerade deshalb stellte Salomon seinem Buch das Motto voran: „Heimat ist, wo alles Bleibende seinen Anfang hatte.“

Das führt auch in eine Richtung, die der ebenfalls in

Leipzig geborene Schriftsteller und Übersetzer Hans-Henning Paetzke, der schon zu DDR-Zeiten nach Ungarn emigrierte, einmal so ausdrückte: „Staaten kommen und gehen, die Menschen und Städte bleiben, sie sind es, die mich interessieren, die Überlebensstrategien in einem übermächtig werdenden Staatsgebilde.“

Kein Wunder, daß beide, die 1943 noch ins Dritte Reich hineingeboren wurden, irgendwann in der darauffolgenden Diktatur als politische Gefangene im Gefängnis landeten. Weder das übermächtige Staatsgebilde noch die menschenunwürdigen Haftbedingungen haben sie, wie leider viele andere Haftkameraden, zu posttraumatisch belasteten Wracks abrichten können. Auch der erst 1955 in Thüringen geborene Pfarrersohn Christian J. Th. Koch, der 18 Monate bei der Nationalen Volksarmee und dann noch einmal ebenso lange im Zuchthaus Cottbus zu einer sozialistischen Persönlichkeit geschliffen werden sollte, beweist mit seinem kleinen Entwicklungsroman, „wie man auch in Gefangenschaft frei werden kann“.

Koch, der bei einem Fluchtversuch über Ungarn geschnappt wurde, beschreibt präzise die ambivalente Situation eines Gefangenen in einer Diktatur: „Ich fühle mich stark, aber aus dem Spiegel blickt mir wieder ein Gesicht voller Angst entgegen.“ Das bringt er auf die Formel: „Erniedrigung und Freiheit!“ Dann fühlt er sich zunehmend freier, weil er in seiner Situation Worte findet, die auch den Schmerz klären können, den er spürte, als er von der Wartburg aus gen Westen blickte. Ausgerechnet im Knast fühlt er sich nun frei, weil er seine „Unfreiheit beschreiben kann“.

Ja, das ist die wirklich notwendige Kunst, in der unbequemen Situation die richtigen Worte zu finden, sich emotional nichts vorzumachen oder vormachen zu lassen. Klärung reinigt, tröstet, denn Klarheit bringt Vitamin D, also Licht ins Dunkel der Zelle.

Auch wenn Paetzke die DDR mit ihrem Ideologieterror immer verachtet hat, gelangte er nach seinen bösen Erfahrungen zu der Einsicht, daß gerade seine Auflehnung gegen das Regime seine Persönlichkeit geprägt und sein Leben bestimmt hat. Es wird nicht nur ironisch gemeint sein, daß er sich diesem überwundenen

Nachkriegsgebilde zu tiefem Dank verpflichtet fühlt. Was könnten Schriftsteller denn Großartiges berichten, wenn sie nicht etwas Gewaltiges, Lebensbedrohendes überwunden hätten?

Nicht jeder versteht es, das grausame 20. Jahrhundert in einem Schelmen- und Entwicklungsroman zu packen, und wenn, dann wäre es wiederum langweilig. Gerade die vielen Möglichkeiten, die sich aus überwundenem Leid in einer kampflos zusammengebrochenen Diktatur ergeben, spiegeln sich in allen drei Werken auf verschiedene Weise wider, wobei wir auf Franz-Viktor Salomons Fortsetzung seiner akribisch genauen Lebensbeschreibung gespannt sein dürfen. Doch wer hat heute noch Lust, dicke Wälzer zu lesen? Das Problem sieht auch Paetzke, daß viele Menschen nicht bereit sind, die Erinnerung in ihre Lebensstrategien einzubeziehen und sich deswegen häufig der Geschichte verweigern. Dabei könnte Erinnerung wichtige Entscheidungshilfe leisten. Denn wer die Geschichten seiner Vorfahren ignoriert, wird gezwungen, sie selber mit aller Bitternis wiederholen zu müssen.

Alle drei vorgestellten Bücher sagen dem Leser: „Du hast es weitestgehend in der Hand, zu dem zu werden, der du werden möchtest oder kannst. Genetisch setzen wir das Leben unserer Ahnen fort, gesellschaftlich und geistig aber keineswegs. Es sei denn, daß wir die Familiengeschichte zu verdrängen versuchen, uns in ein Gespinnst aus Lebenslügen hüllen. Solche Lügen machen krank und machen uns in übertragenem Sinn zu Komplizen von Verbrechen, vielleicht auch zu Komplizen der eigenen Biographie.“ (Paetzke)

Siegmar Faust

Grotewohl-Expreß

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen bietet jeden Donnerstag um 13.00 Uhr einen Rundgang mit Zeitzeugen und Besichtigung des „Grotewohl-Expresses“ an.

Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstr. 66, 13055 Berlin, Tel. (0 30) 98 60 82 30

Veranstaltungen

21.5. (So), 17.00 Uhr:
„Workuta – die zweite Universität“, Vortrag v. Wilhelm K. H. Schmidt; Veranstaltung d. Steglitz Museums; Ort: Steglitz Museum, Drakestr. 64 A, 12205 Berlin; Anmeldung unter E-Mail veranstaltungen@steglitz-museum.de oder Tel. (030) 833 21 09

25.5. (Do), 19.30 Uhr:
„Die unheimliche Leichtigkeit der Revolution.“ Wie eine Gruppe junger Leipziger die Rebellion in der DDR wagte“, Lesung mit Autor Peter Wensierski; Ort: Café Telegraph, Dittrichring 18-20, 04109 Leipzig

25.5. (Do), 20.00 Uhr:
Versamlungs- und Demonstrationsfreiheit – ein Grundrecht, das für alle gilt? Podiumsdiskussion im Rahmen von „Kirchentag auf dem Weg“; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig; Ort: Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“, Kinosaal, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

26.5. (Fr), 20.00 Uhr:
Freier Meinungs- und Demonstrationen – Auch mit dem politischen Gegner? Podiumsdiskussion im Rahmen von „Kirchentag auf dem Weg“; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig; Ort: Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“, Kinosaal, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

27.5. (Sa), 11.00 Uhr:
„Die unheimliche Leichtigkeit der Revolution.“ Wie eine Gruppe junger Leipziger die Rebellion in der DDR wagte“, Lesung mit Autor Peter Wensierski; Ort: ZFL Grimmische Straße 6, 04109 Leipzig

27.5. (Sa), 20.00 Uhr:
Die Kirche in der DDR – Wegbereiter der Friedlichen Revolution? Podiumsdiskussion im Rahmen von „Kirchentag auf dem Weg“; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig; Ort: Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“, Kinosaal, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

29.5. (Mo), 19.30 Uhr:
„Die unheimliche Leichtigkeit der Revolution.“ Wie eine Gruppe junger Leipziger die Rebellion in der DDR wagte“, Lesung mit Autor Peter Wensierski; Ort: Buchhandlung SeitenBlick, Goetzstr. 2, 04177 Leipzig

30.5. (Di), 18.00 Uhr:
Ende des Staatssozialismus – Ende des Sozialstaats? Sozialpolitik im langen 20. Jahrhundert, Ref. Prof. Dr. Sandrine Kott, Université de Genève; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a. in der Reihe „Nach dem Ende der Illusion: Was bleibt vom Kommunismus im 21. Jahrhundert?“; Ort: Centre Marc Bloch, Friedrichstr. 191, 10117 Berlin

Der rote Terror

(VT) Zu den größten Problemen des im November 1917 errichteten bolschewistischen Regimes gehörte seine fehlende Legitimität. Die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung, die einige Wochen nach dem Staatsstreich stattfanden, endeten mit einem Debakel für die Bolschewiki. Sie erhielten nur 24 Prozent der Stimmen.

Deshalb wurde diese einzige Einrichtung, die die Gesamtbevölkerung des Landes repräsentierte, von den Bolschewiki brutal auseinandergejagt, sie verzichteten also auf eine demokratische Legitimierung ihres Regimes und konnten von nun an ihre Alleinherrschaft nur mit Gewalt behaupten.

Als Historiker und regimiekritischer Politiker des Zarenreiches gründete Sergej Melgunow 1907 die gemäßigte „Sozialistische Volkspartei“, die in den ideologisch aufgerauten Zeiten zu moderat und damit erfolglos blieb. Seine Monographie ist eine Anklage gegen die Brutalität der bolschewistischen Herrschaft nach der Oktoberrevolution, die zwischen Systematik und Willkür mit Hilfe unkontrollierbarer

Gruppierungen wie der „Tsche-ka“ bei ihren „inneren Feinden“ Schrecken verbreiteten. So sind Hunderttausende vermeintlich politische Oppositionelle ermordet worden, um das Machtmonopol der Bolschewiki durchzusetzen. Der selbst vom Tod bedrohte Melgunow flüchtete ins Exil und veröffentlichte erst auf russisch (1923), dann auf deutsch (1924) seine Beobachtungen und Erlebnisse, in der er der blutigen Spur, die die Diktatur zur Etablierung ihrer Macht hinterließ, nachgeht. Als ein überzeugter Sozialist war er imstande, die vermeintlich volksnahen Bestrebungen und Versprechungen der neuen Herrscher als hohle, ideologische Phrasen zu entlarven. Anhand ihrer Greuelthaten beweist Melgunow die wirklichen Absichten der illegitimen Machthaber: Ihre Etablierung durch Verbreitung von Angst und Terror.



Sergej Melgunow: *Der rote Terror in Rußland 1918-1923*, OEZ Berlin Verlag, 356 S., 19,90 €; Lesern des Stachel- drahts werden bei Bestellung ab Verlag bis 1. August 2017, zuzügl. Portopauschale, 20 Prozent Rabatt gewährt: OEZ Berlin Verlag 2017, Hubertusstr. 14, 10365 Berlin, Tel. (030) 993 93 16

Geschichte vom Wert des Zusammenhalts

(VT) Dieses Buch erzählt die wahre Geschichte einer Gruppe junger Leute, die Ende der 80er Jahre in Leipzig für ein selbstbestimmtes Leben kämpften. Im Frühjahr 1988 finden sich in der Messestadt viele junge Leute zusammen, die es satt haben, sich ihr Leben von anderen vorschreiben zu lassen. Sie sind zwischen 17 und 25 Jahre alt und wollen, daß sich alles verändert. Sie leben in besetzten Wohnungen und treffen sich in den Hinterhöfen der heruntergekommenen Stadtteile. Sie streiten miteinander, verlieben sich und diskutieren. Aber am wichtigsten sind ihnen politische Aktionen, mit denen sie die Gefühle der Menschen erreichen können.

Sie radikalisieren die Friedensgebete in der Nikolaikirche, bis sie den Platz und die Straßen davor erobern. Sie planen verwegene Demonstrationen und stellen auf abenteuerliche Weise verbotene Flugblätter, Fotos und Filmaufnahmen her. Polizei und Stasi sind ihnen andauernd auf den Fersen, doch selbst bei Verhören sind sie gegenüber den Vertretern der Macht frech.

Ein Leben zwischen Angst und Mut, Erfolgen und Niederlagen. Ohne Handys und Internet sind sie Teil eines Netzwerks, das größer ist als Leipzig – es reicht von Berlin nach Prag, von Ost nach West. Sie bringen schließlich andere Menschen auf die Straße, selbst wenn ihre Transparente von der Staatsmacht heruntergerissen werden, auf denen die immer aktuell bleibende Losung steht: Für ein offenes Land mit freien Menschen!

Die Personen des Buches stehen im Zentrum, als Geschichte geschrieben wird. Ihr Alltag auf dem langen Weg dorthin wird anschaulich erzählt: Woher kommen sie, welche Auseinandersetzungen gab es mit ihren Eltern und Lehrern, in der Armee, in der Kirche? Wie finden sie zueinander? Welche Geschichte verbindet sie als Teil ihrer Generation? Warum weichen sie vom gängigen Denken und Handeln im Lande



Peter Wensierski: *Die unheimliche Leichtigkeit der Revolution. Wie eine Gruppe junger Leipziger die Rebellion in der DDR wagte*, Spiegel-Buchverlag 2017, 464 S., 19,99 €



ab? Und warum sind sie erfolgreich mit dem, was sie tun? Welche Rolle spielt für sie die Öffentlichkeit? Welche Kraft steckt in ihrer Vielfalt? Worum geht es bei ihrer Suche nach Demokratie und einem selbstbestimmten Leben?

Es ist auch eine ungewöhnliche Nahaufnahme, in der das politische und private Handeln der Akteure jener Zeit nachvollziehbar und lebendig wird. Alle authentischen Äußerungen von damals sind im Buch kursiv wiedergegeben. Sie entstammen damaligen Tonbandmitschnitten, Abhör- und sonstigen Protokollen, Originaltexten, Briefen, Vermerken, Zetteln oder Tagebüchern bis hin zu Schulaufsätzen.

„Die unheimliche Leichtigkeit der Revolution“ erzählt eine wichtige Geschichte vom Wert des Zusammenhalts für eine demokratische Gesellschaft. Es ist ein inspirierendes Buch über die Kraft und die Möglichkeiten des einzelnen, über Meinungsfreiheit und Menschenwürde und so aktuell wie nie, in einer Zeit, in der grundlegende Werte unseres Miteinanders in Frage gestellt werden. Es klärt auch, wie der Ruf „Wir sind das Volk“ entstand und gemeint war.

Das Buch wendet sich besonders an junge Leute, an Schüler, Studenten, aber auch an alle, die glauben, die Ereignisse von 1989 zu kennen – sie werden überrascht sein. 🇩🇪

Betriebsferienlager in der DDR



(VT) Der Jugendsozialtourismus ist ein wichtiges Instrument, allen Bevölkerungsgruppen einer Gesellschaft den Zugang zum Tourismus zu gewähren. Finanzielle Barrieren werden überwunden, um Kindern und Jugendlichen erholsame Urlaubserlebnisse zu schaffen und soziale Spaltungen der Gesellschaft zu vermeiden. Die Bildung der Jugendlichen wird

durch den kulturellen Austausch, durch Toleranz und Wissensvermittlung für alle sozialen Schichten aktiviert. Sozialtourismus schafft Arbeit, darf nicht politisiert werden und ist auch in der Zukunft ein Baustein pädagogischer und humanistischer Ziele, um Erholungs- und Reiseerlebnisse für die Heranwachsenden zu schaffen. Der Autor erläutert die historische Entwicklung des Sozialtourismus anhand von Kinderferienlagern, die Sonderform – das Betriebsferienlager in der DDR – wird durch interessante Einblicke und Analysen aufgehehlt. Der DDR-Betrieb als Tourismusveranstalter leistete im Auftrag des Staates eine Lohnersatzleistung in Form von betrieblichen Sozialleistungen für die Kinder seiner Mitarbeiter, das Betriebsferienlager hatte in den Kombinat und Betrieben eine herausragende Bedeutung. 🇩🇪

Thomas Schaufuß: *Ferienfreizeit mit Spiel, Sport und Abenteuer. Kinder- und Jugendsozialtourismus, das Betriebsferienlager der DDR und ihre Vorläufer*, OEZ Berlin Verlag 2017, 582 S., 34,90 €; Lesern des Stacheldrahts werden bei Bestellung ab Verlag bis 1. August 2017, zuzügl. Portopauschale, 20 Prozent Rabatt gewährt: OEZ Berlin Verlag, Hubertusstr. 14, 10365 Berlin, Tel. (030) 993 93 16



Lehrbeispiel für Verführbarkeit

Aufsätze zum Prosawerk Franz Fühmanns

Der DDR-Schriftsteller Franz Fühmann (1922–1984), der im Alter von 62 Jahren einem Krebsleiden erlag, wurde im nordböhmisches Rochlitz an der Iser geboren, wo sein Vater eine Apotheke betrieb. Nach dem Abitur 1941 wurde er zur Wehrmacht eingezogen, geriet 1945 in russische Kriegsgefangenschaft und wurde zum

„Antifaschisten“ umerzogen. Im DDR-Gründungsjahr 1949 entlassen, lebte er in Ostberlin zunächst als Kulturfunktionär der Nationaldemokratischen Partei, aus der er 1972 austrat, und von 1958 bis zu seinem Tod als Schriftsteller. Sein Verhältnis zum SED-Staat, ohne den er kein Schriftsteller geworden wäre, wurde in seinen letzten Lebensjahren zunehmend kritischer und oppositioneller, was die 3644 Seiten von Überwachungsprotokollen der Staatssicherheit zeigen.

Die Werkausgabe in acht Bänden erschien 1993 im Rostocker Hinstorff-Verlag, 1994 folgte ein Band „Briefe. 1950-

Peter Braun, Martin Straub (Hrsg.): *Ins Innere. Annäherungen an Franz Fühmann*, Wallstein-Verlag, Göttingen 2016, 224 S., 19,90 €

Veranstaltungen

30.5. (Di), 18.00 Uhr:
„Stierblutjahre. Die Boheme des Ostens“, Sachbuchvorstellung mit Autorin Jutta Voigt, Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

30.5. (Di), 19.30 Uhr:
„Die unheimliche Leichtigkeit der Revolution“. Wie eine Gruppe junger Leipziger die Rebellion in der DDR wagte“, Lesung mit Autor Peter Wensierski; Ort: Stadtbibliothek, Breiter Weg 109, 39104 Magdeburg

31.5. (Mi), 19.00 Uhr:
Vor 50 Jahren. Der Tod des Benno Ohnesorg – Die Stasi in West-Berlin, Trailer v. Ute Bönnen u. Gerald Endres, Filmemacher, Vortrag v. Dr. Helmut Müller-Enbergs, Historiker, Diskussion mit Dr. Maria Nooke, Historikerin, Dr. Müller-Enbergs, Dr. Falco Werkentin, Soziologe; Veranstaltung d. Berliner LStU u.a. in der Reihe „Was war die Stasi? Funktion, Tätigkeit und Bedeutung“; Ort: Amerika-Haus, Landeszentrale f. politische Bildung, Hardenbergstr. 22–24, Berlin-Charlottenburg

1.6. (Do), 19.30 Uhr:
„Der Mann mit dem Objektiv“, DDR-Spielfilm 1961, Filmvorführung in der Reihe „Zeitschnitt 2017“ der LAKD Brandenburg u.a.; Ort: Klosterscheune, Am Kloster, 16792 Zehdenick

6.6. (Di), 18.00 Uhr:
Vorbild oder Zerrbild? Die DDR-Schule in der gesamtdeutschen Bildungsdebatte; Veranstaltung d. Deutschen Gesellschaft e.V. u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

6.6. (Di), 19.00 Uhr:
Das Land der Revolution und die Berliner Mauer – Französische Blicke auf einen transnationalen Erinnerungsort, Diskussion, u.a. mit Thierry Noir u. Prof. Dr. Corine Defrance; Veranstaltung d. Stiftung Berliner Mauer u.a.; Ort: Gedenkstätte Berliner Mauer, Besucherzentrum, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

11.6. (So), 18.00 Uhr:
„Open this gate“ – Ronald Reagans Äußerung vor 30 Jahren und die (Aus) Wirkungen, Diskussion u.a. mit Dr. Andreas Etges u. Filmausschnitte; Veranstaltung d. Stiftung Berliner Mauer u.a.; Ort: Gedenkstätte Berliner Mauer, Besucherzentrum, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

12.6. (Mo), 18.00 Uhr:
„Zwischen Ost und West. Deutsche und Polen in der Zeit der Ostpolitik und von Solidarność“; Veranstaltung d. Zentrums für Historische Forschung Berlin, d. Polnischen Akademie d. Wissenschaften u. FES; Ort: Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin, Konferenzsaal 2, Haus 2, Hiroshimastraße, 10785 Berlin; Anmeldung erforderlich bis zum 5.6.2017 unter E-Mail Public.History@fes.de



13.6. (Di), 18.00 Uhr:

„Brecht. Rollenmodell eines Dichters“, Autor Uwe Kolbe stellt seine Streitschrift vor; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

13.6. (Di), 18.00 Uhr:

Jenseits der Imperien? Antikolonialismus, Kommunismus und Menschenrechte, Ref. Prof. Dr. Stefan-Ludwig Hoffman, UC Berkley; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a. in der Reihe „Nach dem Ende der Illusion: Was bleibt vom Kommunismus im 21. Jahrhundert?“; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

13.6. (Di), 19.00 Uhr:

„Die unheimliche Leichtigkeit der Revolution“. Wie eine Gruppe junger Leipziger die Rebellion in der DDR wagte“, Lesung mit Autor Peter Wensierski; Ort: Regenbogenfabrik, Ohlauer Str. 22, 10999 Berlin

13.6. (Di), 20.00 Uhr:

Eröffnung der Sonderausstellung **„Nach der Flucht. Wie wir leben wollen“**; Veranstaltung d. Stiftung Berliner Mauer u.a.; Ort: Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde, Marienfelder Allee 66–80, 12277 Berlin

14.6. (Mi), 18.00 Uhr:

„Erich Mielke – Meister der Angst“ Filmvorführung u. anschl. Gespräch mit Regisseur Jens Becker, Pfarrer i.R. Christoph Polster u. Rüdiger Sielaff, Leiter d. BStU Außenstelle Frankfurt/O.; Veranstaltung d. Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung u.a.; Ort: Landeszentrale, Haus 17, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam

21.6. (Mi), ca. 12.30 Uhr:

Eröffnung der Ausstellung **„Im Tigerkäfig der Stasi“** von Gino Kuhn und **„Dunkelkammer Torgau“** von Katrin Büchel; Ort: Landtag Baden-Württemberg, Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart

26.6. (Mo), 20.00 Uhr:

„Die unheimliche Leichtigkeit der Revolution“. Wie eine Gruppe junger Leipziger die Rebellion in der DDR wagte“, Lesung mit Autor Peter Wensierski; Ort: Spiegelsaal, Auguststr. 24, 10117 Berlin

27.6. (Di), 18.00 Uhr:

„Schwarzähler, Schwarzseher und heimliche Leser. Die DDR und die Westmedien“, Autorin Dr. Franziska Kuschel, ZZf Potsdam, stellt ihr Buch vor; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

1984“ (608 Seiten). Die literaturwissenschaftliche Aufarbeitung erfolgte 1992 durch den Jenaer Germanisten Hans Richter (Franz Fühmann. Ein deutsches Dichterleben) und 2009 durch den Berliner Literaturkritiker Gunnar Decker (Franz Fühmann. Die Kunst des Scheiterns).

Nun erschien eine Sammlung von 14 Beiträgen, herausgegeben von den Jenaer Germanisten Martin Straub (1943) und Peter Braun (1961), worin das Bild des vor 32 Jahren verstorbenen Schriftstellers nach mehreren Seiten aufgehell wird. Der politische Lebensweg des im Sudetenland aufgewachsenen Franz Fühmann ist ein Lehrbeispiel für die Verführbarkeit junger Intellektueller durch die Ideologien des 20. Jahrhunderts. Er war zunächst, durch Elternhaus und Jugendorganisationen geprägt, glühender Nationalsozialist bis 1945. Die Umerziehung zum gläubigen Sozialisten, anfangs sicher kaum mehr als der Austausch des ideologischen Koordinatensystems, erfolgte 1947/49 in der „Antifa-Schule“ in Noginsk bei Moskau. Das kritische Denken setzte, zaghaft zunächst, nach dem Mauerbau 1961 ein. Seinen Beitrag zum 1959 ausgerufenen „Bitterfelder Weg“ leistete er mit der Reportage „Kabelkran und Blauer Peter“ (1961) über die Rostocker Warnow-Werft, aber schon drei Jahre später erfolgte die Absage mit einem höflichen Brief an den DDR-Kulturminister Hans Bentzien. Nachlesen im Detail kann man diese Lebensstationen in Matthias Brauns vorzüglichem Aufsatz „Franz Fühmann. Ein Fremdling in seiner Wahlheimat DDR“ in diesem Buch.

Der „operative Vorgang Filou“, mit dem Franz Fühmann vom 13. Dezember 1976 bis zu seinem Tod am 8. Juli 1984 wegen „staatsfeindlicher Hetze“ von der Staatssicherheit rund um die Uhr überwacht wurde, umfaßt elf Bände. Daß ein Autor, der dem „realen Sozialismus“ immer kritischer gegenüberstand, schließlich auch zum Beobachtungsobjekt der literaturfernen Organisation Staatssicherheit wurde, war unausweichlich. Anja Kampmann hat darüber eindringlich in ihrem Beitrag „Observationen aus den Jahren 1976–1978“ berichtet. Mit Beklemmung betrachtet man die Bildfolge des Fotografen Dieter Riemann über den verlassenen Ort im Wald bei Märkisch Buchholz, wo der Autor im letzten Lebensjahrzehnt wohnte und schrieb. Das wurde im Sommer 1984, zehn Wochen nach seinem Tod, aufgenommen, aber überall sind noch Spuren seiner Anwesenheit zu sehen.

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Juni Geburtstag haben

Hans Hintz am 2. Juni, Margrit Schulze am 3. Juni, Rudolf Zenker am 5. Juni, Ursula Geipel am 6. Juni, Ralf-Rainer Felden am 10. Juni, Joachim Jacob, Roland Weise am 12. Juni, Horst Engelbrecht am 14. Juni, Hans Walter am 19. Juni, Bernhard Cofalla am 20. Juni, Anna-Liese Pahl, Helmut Schröder, Klaus-Peter Weiß am 22. Juni, Hans-Joachim Bochow am 23. Juni, Ingeborg Schlünz am 26. Juni, Angelika Rösch am 27. Juni, Walter Schulze am 29. Juni

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Da lacht der Klassenfeind

„Ferner fehlt bisher ein Arzt für innere Krankheiten für den Fall, daß für operative Zwecke Krankschreibungen oder Atteste gebraucht werden.“

(MfS AIM 3241/89, B. 112)

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Benjamin Baumgart, Jurist
Mo–Fr, 10.30–12.30 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail baumgart@uokg.de

Carola Schulze, soziale Beratung
Mo–Fr, 14–16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption)
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Tel. (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Di 11–18 Uhr, Mi u. Do 11–16 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Peter Albrecht, Heinz Assig, Klothilde Baier, Uwe Behne, Maria Gretchen Behrendt, Ludwig Börner, Gerold von Busse, Heinz Engert, Klaus Fischer, Bernd Freudenhausen, Hermine u. Reinhold Irimi, Olaf Knorre, Kurt Kugler, Manfred Langkath, Dr. Jens Nielsen, Fred Noak, Reinhard Pudliszewski, Eike Christine Radewahn, Uwe Reinhardt, Werner Sasse, Hermann Schicketanz, Siegbert Schmolke, Sigrid Schulz, Heinz Schulze, Werner Schulze, Kurt Gerd Sommerlatte, Dr. Van Tich Tran, Günter Völkel, Eckard Wolfermann

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DED B110
Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Wo die Herrschaft des Gesetzes endet,
beginnt die Herrschaft der Tyrannei.

Peter Ellis

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr
BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Vorstandsbeauftragter:
Dr. Christian Fuchs
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDE33HAN

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
PVSt., Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt
13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

**BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG**

Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,– Euro
Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor. Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 5. Mai 2017

